



STILL BURNING

VOM KAMPF GEGEN DIE STEINKOHLEINDUSTRIE







deCOALonize EUROPE



Für all die tapferen Herzen, die wir im Kampf für Gerechtigkeit verloren haben und all jene, die den Widerstand weitertragen.
Tag für Tag.

So erschöpfend und aussichtlos es manchmal auch sein mag.
In Solidarität.

deCOALonize Europe

STILL BURNING

VOM KAMPF GEGEN DIE STEINKOHLEINDUSTRIE

I N H A L T



Aktion zivilen Ungehorsams im Amsterdamer Kohlehafen (2017)

1 VORWORT

Endlich steht der Kohleausstieg in Deutschland auf der medialen und politischen Agenda. Dank dem jahrelangen und immer stärker werdenden Protest der Klimagerechtigkeits- und Anti-Kohle-Bewegung wird nun zumindest breit über das Ende der Kohle diskutiert. Doch die Kohleindustrie versucht mit aller Kraft, ihr profitables Geschäftsmodell zu verteidigen. Und auch die Bundesregierung setzt alles daran, den Kohleausstieg auf die lange Bank zu schieben. Dabei ist klar: Um das Klima zu schützen und globale Gerechtigkeit ernst zu nehmen, hätten Industrieländer wie Deutschland schon vor Jahren aus der Verbrennung von Braun- und Steinkohle aussteigen müssen. In jedem Jahr, in dem die Kohlekraftwerke in Deutschland am Netz bleiben, zerstört der Kohleabbau weiterhin die Lebensgrundlage von Menschen weltweit. Gleichzeitig heizt die Verbrennung der Kohle die globale Klimakrise weiter an. Steinkohle ist ein Paradebeispiel dafür, wie der Wohlstand in westlichen Ländern wie Deutschland auf der Ausbeutung von Mensch und Umwelt in anderen Teilen der Welt basiert. Es sind nicht die Lebensweisen der Menschen in den Abbaugebieten, die für die Zerstörung verantwortlich sind, sondern die „fortschrittlichen“ und „modernen“ Gesellschaften der westlichen Industrienationen, die über die letzten Jahrhunderte eine Lebens- und Produktionsweise aufgebaut haben, die auf fossile Energien angewiesen ist. Die Auseinandersetzung um die Kohle ist noch lange nicht vorbei!

Ende 2018 wurde das deCOALonize-Europe-Bündnis ins Leben gerufen. Der Name – deCOALonize – wurde nicht von uns erfunden. Schon seit mindestens 2017 nutzen ihn AktivistInnen in Kenia (www.decoalonize.org), um die Ansiedlung der Kohleindustrie in Kenia zu verhindern, und für soziale und ökologische Gerechtigkeit zu kämpfen. Wir möchten aktiv werden in Solidarität mit allen Menschen, die sich gegen Kohleabbau und Ausbeutung zur Wehr setzen – in Kenia, Russland, Kolumbien und anderswo. Wir wollen Aufmerksamkeit auf die Steinkohleindustrie und ihre katastrophalen Folgen für Mensch, Umwelt und Klima lenken. Dazu setzen wir auf vielfältige Aktionen entlang der Lieferkette, aber auch auf Informationsmaterial, wie ihr es gerade in den Händen haltet. Wir sind in einem offenen, basisdemokratischen und konsensorientierten Prozess organisiert. Unsere regelmäßig stattfindenden Bündnistreffen sind auch für neue Menschen immer offen. Gemeinsam mit anderen Akteur*innen der Klimagerechtigkeitsbewegung setzen wir uns in den europäischen Importländern für einen sofortigen Kohleausstieg ein und unterstützen die Kämpfe der Menschen in den Abbaugebieten, um ein Band der Solidarität entlang der Lieferkette der Steinkohle zu knüpfen. Dazu gehört auch, die kolonialen Spuren unserer eigenen Handlungen und unsere imperiale Lebens- und Denkweise stets kritisch zu hinterfragen.

Uns im Redaktionsteam ist eine Selbstpositionierung wichtig. Wir sind weiße Menschen aus dem globalen Norden, wohnen also

Digitales Quellenverzeichnis

Da wir für das Schreiben dieser Broschüre viele verschiedene Quellen herangezogen haben, und diese zu lang sind um sie alle in dieses Buch zu schreiben, findet ihr ein ausführliches und verlinktes Quellenverzeichnis auf unserer Webseite unter **www.decoalonize-europe.net/quellen**



Aktion zivilen Ungehorsams im Amsterdamer Kohlehafen (2017)

in Ländern, die weiterhin von der kolonialen Vergangenheit und Gegenwart der Steinkohle profitieren. Diese Länder sehen wir in der Verantwortung, die Steinkohleindustrie zu stoppen und Entschädigungen zu zahlen. In dieser Broschüre haben wir versucht, darauf zu achten, dass die Menschen in den Abbaugebieten für sich sprechen. Mehr Informationen zu Steinkohle, deCOALonize Europe und den nächsten Aktionen findet ihr auf unserer Homepage **decoalonize-europe.net**.

Was ihr hier in den Händen haltet, ist das Ergebnis mehrerer Monate Zusammenarbeit von zwei Dutzend klimabewegter Menschen. Unzählige ehrenamtliche Stunden Recherche, Texteschreiben, Telefonkonferenzen, Design und Redaktionsarbeit sind in diese Broschüre geflossen. Wir haben uns Mühe gegeben, bei allem möglichst sorgfältig zu sein. Wenn euch doch etwas auffällt, das nicht ganz stimmig ist, schreibt uns gerne – die nächste Auflage kommt bestimmt.



Egal, ob ihr euch gerade das erste Mal mit Steinkohle beschäftigt oder mit eurer Bezugsgruppe zum wiederholten Mal eine Aktion zu dem Thema plant, – diese Broschüre ist für euch! Auf den nächsten Seiten findet ihr Informationen zu den Bedingungen in den Abbauländern, zum Transport und zur Nutzung der Steinkohle sowie Hintergrundinformationen zu Kraftwerksbetreibern, Kohlehäfen und Transportwegen der Kohle. Lasst uns gemeinsam zeigen: Es ist höchste Zeit, dass die Zeit der Kohle vorbei ist.

Let‘s deCOALonize!



Klimablock der Großdemo „Grenzenlose Solidarität statt G20“ (2017)

2 KLIMAGERECHTIGKEIT

Von der doppelten Ungerechtigkeit der Steinkohle

Klimaschützer*innen sagen oft: „Wir sitzen alle im gleichen Boot, und es sinkt." Dieses Bild vernachlässigt mindestens einen sehr wesentlichen Aspekt der Klimakrise: Das Boot ist eher ein großes Schiff mit vielen verschiedenen Decks, und während den Menschen in den unteren Decks das Wasser schon bis zum Hals steht, wird auf den oberen immer noch gefeiert. Und dreimal darf man raten, wo die Rettungsboote liegen.

Der Klimawandel ist ein seit Jahrzehnten aktuelles und bekanntes Thema. Das Konzept der "Klimagerechtigkeit" genauso wie die Klimagerechtigkeitsbewegung sind im Vergleich dazu noch relativ jung. Was bedeutet also Klimagerechtigkeit und wo liegen die Unterschiede zum klassischen Natur- und Umweltschutz?

Klimagerechtigkeit ist eine Forderung, die über Klimaschutz, also das bloße Reduzieren von Treibhausgasemissionen hinausgeht: Dem zugrunde liegt die Feststellung, dass die Klimakrise eine der größten Ungerechtigkeiten der Menschheitsgeschichte ist.

Die Folgen des Klimawandels und der damit verbundenen Umweltzerstörung werden hauptsächlich von Menschen getragen, die sie nicht verursacht haben und auch nicht davon profitieren. Das Sterben und die Zerstörung der Lebensgrundlage Anderer wird in Kauf genommen für den Erhalt des Luxus und der Lebensstandards eines kleinen Teils der Weltbevölkerung.

Diese reicheren Industrienationen der Erde, liegen hauptsächlich im sogenannten Globalen Norden, was nicht geographisch zu verstehen ist, sondern Länder und Gesellschaften in ihre politisch, gesellschaftlich und ökonomisch machtvollere oder weniger machtvollere Position einordnet. Menschen in Ländern des globalen Südens, mit einem bis zu zweihundert mal geringeren durchschnittlichen Pro-Kopf-CO_2-Ausstoß wie z.B. Menschen in Deutschland[1], müssen schon jetzt millionenfach vor Dürren, Überschwemmungen und tödlicher Hitze fliehen, während reiche Länder ihre Bürger*innen mit Technik und Investitionen schützen.

Dies ist eine Aufwertung bestimmter Menschen gegenüber anderen. Klimawandel hängt also mit unterschiedlichsten Formen von Diskriminierung, wie Rassismus[2], Sexismus[3] und sozialer Ungerechtigkeit[4] zusammen. Marginalisierte, nicht privilegierte Gruppen, indigene Bevölkerungsgruppen, Frauen , Kinder, People of Colour und viele mehr sind meist viel stärker vom Klimawandel betroffen und haben im Gegensatz zu privilegierten Gruppen oft keine Möglichkeit sich vor seinen Folgen zu schützen.

Der Klimawandel ist also eine Folge sozialer Ungleichheit und das Produkt eines Wirtschaftssystems, das von Wachstum als Selbstzweck gelenkt wird und kann somit nicht nur als Umweltproblem gesehen und bekämpft werden. Die

kapitalistischen „Lösungs“-ansätze der Klimakrise, die unter Anderem bei den jährlichen Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen diskutiert und beschlossen werden, bleiben notwendigerweise innerhalb der Marktlogik, die diese Krise verursacht hat.

Wenn wir von Steinkohle reden, dann haben wir es sogar mit einer doppelten Ungerechtigkeit zu tun, denn der Klimaungerechtigkeit geht die Ungerechtigkeit des neokolonialen Welthandels der Rohstoffe voraus (siehe auch Kapitel 4.4 Neokolonialismus & Extraktivismus). Im globalisierten Kapitalismus folgt alles der Standortlogik: Deutschland hat seinen gefährlichen, umwelt- und gesundheitsschädlichen Steinkohlebergbau eingestellt, weil es längst viel billigere Weltmarktkohle aus Kolumbien, Russland, USA, Südafrika und anderen Ländern gibt. Internationale Bergbaukonzerne haben durch ihren Reichtum die Macht Land zu kaufen oder zu beschlagnahmen und beuten die Vorkommen dort aus, wo Arbeits- und Umweltschutzstandards niedrig sind. Indigene, Kleinbäuer*innen und andere benachteiligte Gruppen werden von ihrem Land vertrieben, Gewerkschafter*innen und Aktivist*innen ermordet, Das Trinkwasser von Millionen Menschen vergiftet und einige der wertvollsten Biodiversitäts-Hotspots vernichtet (siehe Kapitel 4.1 Kolumbien, 4.2 Russland oder 4.3 USA).

Wenn wir also in Deutschland Strom aus Steinkohle beziehen, leben wir damit gleich in doppelter Hinsicht auf Kosten anderer Menschen. Die Kohle wird nicht mehr im Saarland oder im Ruhrgebiet gefördert, sondern zB. in La Guajira in Kolumbien, wo der Tagebau Cerrejon eine ganze Region in eine Mondlandschaft verwandelt. Zehntausende Menschen, vor allem Indigene und Angehörige anderer Minderheiten sind auf vielfältige Weise betroffen, während die multinationalen Konzerne mit ihren Zentralen in Europa oder Nordamerika gigantische Gewinne verbuchen. Nachdem die Kohle um die halbe Welt verschifft wurde, wird sie in den Steinkohle-Kraftwerken verbrannt, und der Kohlenstoff wird in die Atmosphäre abgegeben. Mit den bekannten Folgen. Die wiederum die Menschen in Kolumbien viel härter treffen als die Verbraucher*innen des Stroms in Deutschland.

Wie ein gerechter Umgang mit dem was schon geschehen ist, weiteren Emissionen und den Folgen des Klimawandels aussieht, ist aufgrund unterschiedlicher Gerechtigkeitskonzepte und Vorstellungen von Recht und Gerechtigkeit nicht als eine allgemein gültige Lösung aufzuzeigen. Trotzdem ist klar: Es muss umgehend und konsequent etwas geändert werden, denn jeder Kompromiss und jedes Herauszögern bedeutet eine weitere Verschärfung der Ungerechtigkeit und ein Hinnehmen der Zerstörung der Lebensgrundlage anderer und der Zukunft aller. Für Klimagerechtigkeit zu kämpfen bedeutet ungleiche Machtverhältnisse zu erkennen und dem ausbeuterischen System entgegen zu wirken. Also die Herrschaft des Globalen Nordens über den Globalen Süden, die Macht der Reichen und des Patriarchats und die immer noch bestehende imperiale

Lebensweise, welche sich seit der Kolonialzeit weiterführt, zu beenden. Unter der Idee der Klimagerechtigkeit müssen Industrienationen und die Industrie selbst zur Verantwortung als Verursacher*In gezogen werden, indem sie umgehend emissionsfrei werden und Verantwortung für die jetzt schon realen Folgen des Klimawandels übernehmen.

Es ist Solidarität mit ausgegrenzten und diskriminierten Gruppen, die bereits jetzt vom Klimawandel betroffen sind, gefragt. Denn für Klimagerechtigkeit müssen wir alle zusammen kämpfen.



Protestaktion im russischen Kuzbass

3 EIN SCHMUTZIGER ENERGIETRÄGER



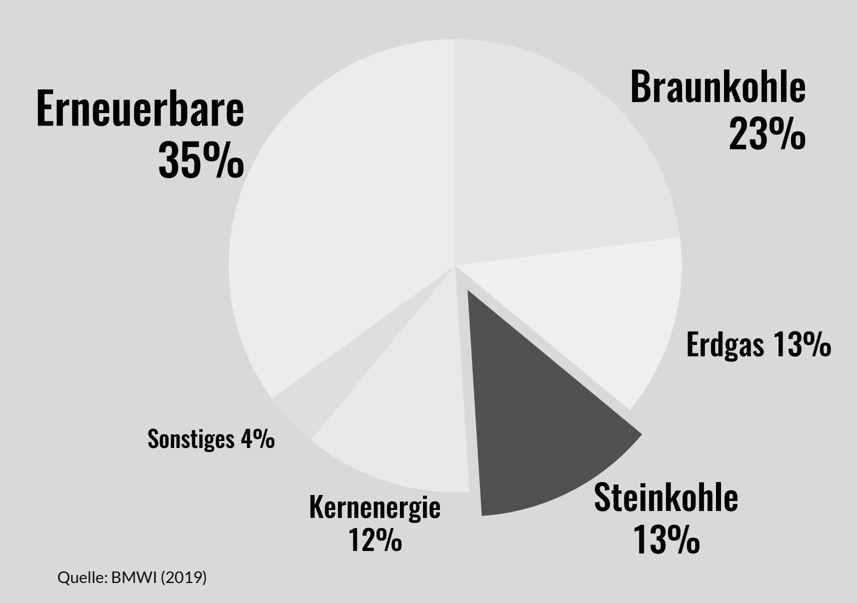
Steinkohle ist neben Erdöl und Erdgas einer der klimaschädlichsten Energieträger der Welt[1]. Wie groß die Bedrohung ist, zeigen ein paar Zahlen. Derzeit befinden sich weltweit Steinkohlekraftwerke mit einer Gesamtkapazität von 399 GW in Planung[2]. Zum Vergleich: Die gesamte installierte Kraftwerksleistung der Bundesrepublik Deutschland betrug 2017 nur 213 GW[3]. Wenn auch nur ein Bruchteil dieser Kraftwerke ans Netz geht, ist das 1,5-Grad-Ziel endgültig Geschichte.

Steinkohle steht zudem prototypisch für die imperiale – und zutiefst neokoloniale – Lebensweise des globalen Nordens: Die Folgen des Energiehungers werden in die Abbauregionen ausgelagert. Weil die europäische Kohle tief liegt und deshalb nur kostspielig zu fördern wäre, hat der Bergbau in Europa an Bedeutung verloren. In Deutschland wurde Ende 2018 mit Prosper Haniel in Bottrop die letzte Steinkohlezeche geschlossen. Die Steinkohle für die hiesige Industrie und Energiewirtschaft wird seitdem zu 100 % importiert. Nur wenigen ist bewusst, wie blutig die Herkunft dieser Kohle oft ist.

Der Steinkohleabbau geht in vielen Fällen mit der Vertreibung – und Ermordungen, wie das Beispiel Kolumbien zeigt – der lokalen Bevölkerung, der Belastung von Luft,

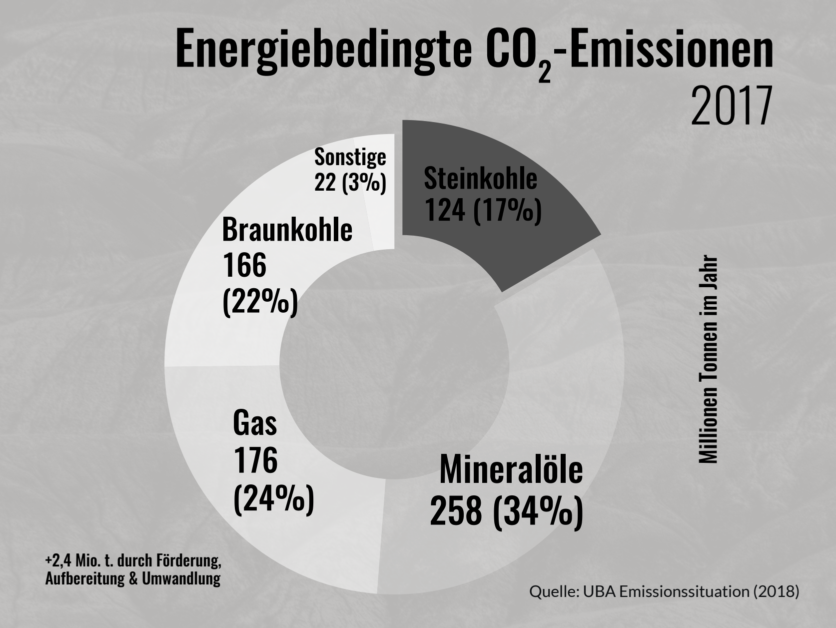
Wasser und Böden mit Feinstaub und giftigen Schwermetallen und der unwiederbringlichen Zerstörung riesiger Landstriche einher (Siehe Kapitel 4.1 Kolumbien, 4.2 Russland oder 4.3 USA).

Aber auch in Deutschland bedeutet die Verbrennung von Steinkohle eine enorme Gesundheitsbelastung für die Anwohner*innen von Kohlekraftwerken (siehe Kapitel 6.7 Krank durch Kohle). Der Rohstoff Steinkohle wird hier vor allem in der Energiegewinnung genutzt: Der Anteil am Strommix beträgt noch immer 13% (Stand 2018)[4].



Quelle: BMWI (2019)

Den Erfolgen der Klimabewegung ist zu verdanken: Die Einsicht, dass sowohl Stein- als auch Braunkohle zu den größten Klimakillern gehören, ist mittlerweile fest im öffentlichen Diskurs verankert. 2017 wurden in Deutschland 124 Mio. t CO_2 durch Steinkohlekraftwerke freigesetzt – das sind 16,8 % der energiebedingten Emissionen[5].



Quelle: UBA Emissionssituation (2018)

Brennkammer und Hochofen

Die Geschichte der Steinkohle führt zurück zu den Anfängen des 19. Jahrhunderts. Seitdem wird Steinkohle im industriellen Maßstab abgebaut und verbrannt. Die hohe Energiedichte der Kohle ermöglichte Prozesse wie die

Dampfmaschine und den Hochofen – und die Industrialisierung nahm ihren Lauf. In vielen Ländern entstanden Städte und Industrie dort, wo es Kohlevorkommen gab – in Deutschland zum Beispiel im Ruhrgebiet. Heute gibt es zwei Arten der Nutzung von Steinkohle: Erstens wird Steinkohle in Form von Koks in der Stahl-, Aluminium- und Glasproduktion als Brennstoff und Reduktionsmittel eingesetzt (29,5 % Kokskohle). Zweitens wird sie für die Stromproduktion verbrannt (ca. 70,5 % Kesselkohle)[6].

Geförderte Kohle weltweit
2016

Kesselkohle 36,2 Mio. t (70,5%)	Kokskohle 12,9 Mio. t (29,5%)

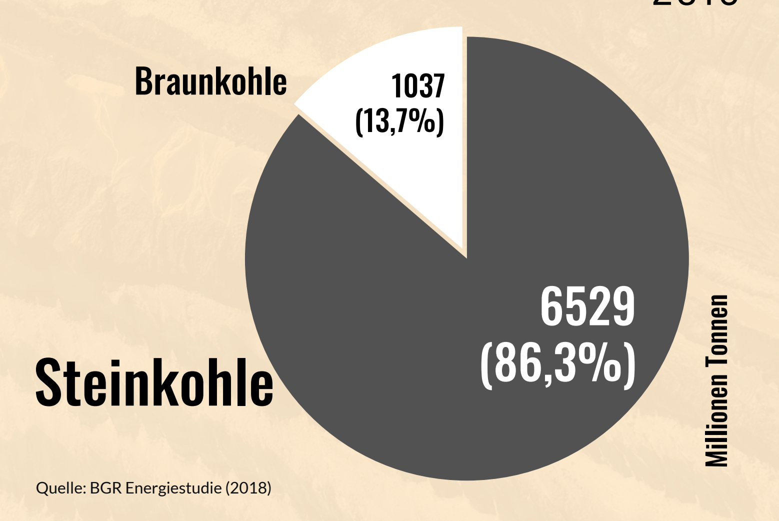
Quelle: BGR Energiestudie (2018)

Mit einer wachsenden Klima- und Anti-Kohle-Bewegung ist die Diskussion um das Ende der Kohle mittlerweile in Medien und Politik angekommen. Die Kohleindustrie versucht weiterhin, ihre Profite zu sichern und den Kohleausstieg so weit wie möglich hinauszuzögern und kann dabei auf die Unterstützung zahlreicher Politiker*innen setzten. Insbesondere die Betreiber von Kohlekraftwerken versuchen, sich das Abschalten ihrer Kraftwerke mit Steuergeldern vergolden zu lassen. Es liegt an uns, weiter Druck zu machen. Deutschland muss aus der Kohle aussteigen – und zwar jetzt!



Wie unterscheiden sich eigentlich Braun- und Steinkohle?

Steinkohle enthält im Vergleich zu der jüngeren Braunkohle deutlich weniger Wasser und hat eine höhere Energiedichte. So erklärt sich, dass während Braunkohle in unmittelbarer Nähe zum Abbauort verfeuert wird, Steinkohle über weite Strecken transportiert und global gehandelt wird. Die Unterschiede in der Zusammensetzung sind häufig auch sichtbar: Bei der Braunkohle lassen sich teilweise noch holzartige Strukturen erkennen. Von der weltweit abgebauten Kohle waren 2016 86,3 % Steinkohle und nur 13,7 % Braunkohle[7].



Quelle: BGR Energiestudie (2018)

4 **DER ABBAU** – VON TIEFEN LÖCHERN UND ENGEN SCHÄCHTEN

Steinkohle wird sowohl über als auch unter Tage abgebaut, abhängig davon, in welchen Tiefen die Kohlevorkommen liegen. Wo und in welchen Tiefen Steinkohle abgebaut wird, ist meist eine rein wirtschaftliche Frage. Je kleiner die verbliebenen Kohlereserven sind und je teurer die Kohle damit wird, desto rentabler ist es, in immer größeren Tiefen zu graben oder immer größere Landstriche dem Erdboden gleichzumachen. Das Muster ist fast immer dasselbe: Profit geht über Menschenrechte. In den allermeisten Fällen treffen die Bergbaukonzerne ihre Entscheidungen, ohne die Menschen in den Abbaugebieten zu beteiligen.





Über Tage

Im Übertageabbau trägt der Bergbaukonzern die Erd- und Gesteinsschichten oberhalb der Kohleschicht über weite Flächen hinweg ab, um an die Kohle heranzukommen. Damit das möglich ist, werden Menschen vertrieben, Dörfer zerstört und Wälder gerodet. Es entstehen riesige Löcher, welche Hunderte Meter tief sein können. Die extrem hohe Feinstaubbelastung und die durch den sehr wasserintensiven Abbau entstehende Wasserknappheit gefährden die Gesundheit der Anwohner*innen. Die wahnsinnige Größe der Tagebaue und die Masse der abgetragenen Schichten ist oft schwer vorstellbar. So werden teilweise sogenannte „Muldenkipper“ eingesetzt, die mit bis zu 360 t Kohle beladen werden können (zum Vergleich: ein mittelschwerer Lkw ist bis zu 18 t Gesamtmasse zugelassen)[1].

Eine Spezialform des Abbaus über Tage ist das sogenannte „Mountaintop Removal“, dafür werden ganze Bergkuppen weggesprengt und abgetragen, um die Kohle offenzulegen (Siehe Kapitel 4.3 USA).



Förderturm der ehemaligen Zeche Zollverein in Essen

Untertage

Unter Tage wird Kohle vor allem dann abgebaut, wenn sie sich tief im Boden oder im Inneren eines Berges befindet. Dabei wird ein Schacht oder Stollen in den Boden oder die Bergwand bis zum Kohleflöz gegraben, sodass von dort aus die Kohle nach und nach gefördert werden kann. Dadurch entstehen große Hohlräume, die mit der Zeit unweigerlich einstürzen. Der hohe Gebirgsdruck, die hohen Temperaturen und der geringe Sauerstoffgehalt machen die Arbeit unter Tage sehr riskant. Nicht selten kommt es zu Bodenabsenkungen oder Einbrüchen.

So ist zum Beispiel die Innenstadt von Essen aufgrund des Steinkohlebergbaus um bis zu 15 m abgesackt, wodurch immer wieder Schäden entstehen. Bei beiden Arten der Förderungen muss in der Regel das Grundwasser über sehr weite Bereiche abgepumpt werden, um die Kohle trocken zu fördern. Dies hat auch Auswirkungen auf die umliegenden Landstriche, wo es zu Wasserknappheit kommt.

Es kann außerdem zu sogenannten Ewigkeitskosten kommen, da das Wasser auch nach der Schließung der Zeche „bis in alle Ewigkeit“ abgepumpt werden muss, wenn die Flutung des Abbaugebiets eine Verschmutzung des Grundwassers bedeutet. Insgesamt lässt sich erkennen, dass der Abbau von Steinkohle, sowohl über als auch unter Tage immer mit einem massiven Eingriff in die Geologie einhergeht, der auch Jahre später noch Auswirkungen auf Mensch und Umwelt hat.

Mit der Schließung der letzten Steinkohlezeche hat Deutschland es sich leicht gemacht und alle Folgen des Steinkohleabbaus auf andere Länder abgewälzt. Gerade deswegen ist es wichtig, nicht wegzuschauen: Für die Menschen in den Abbaugebieten ist die Zerstörung ihres Lebensraums immer noch Alltag.



4.1 RUSSLAND

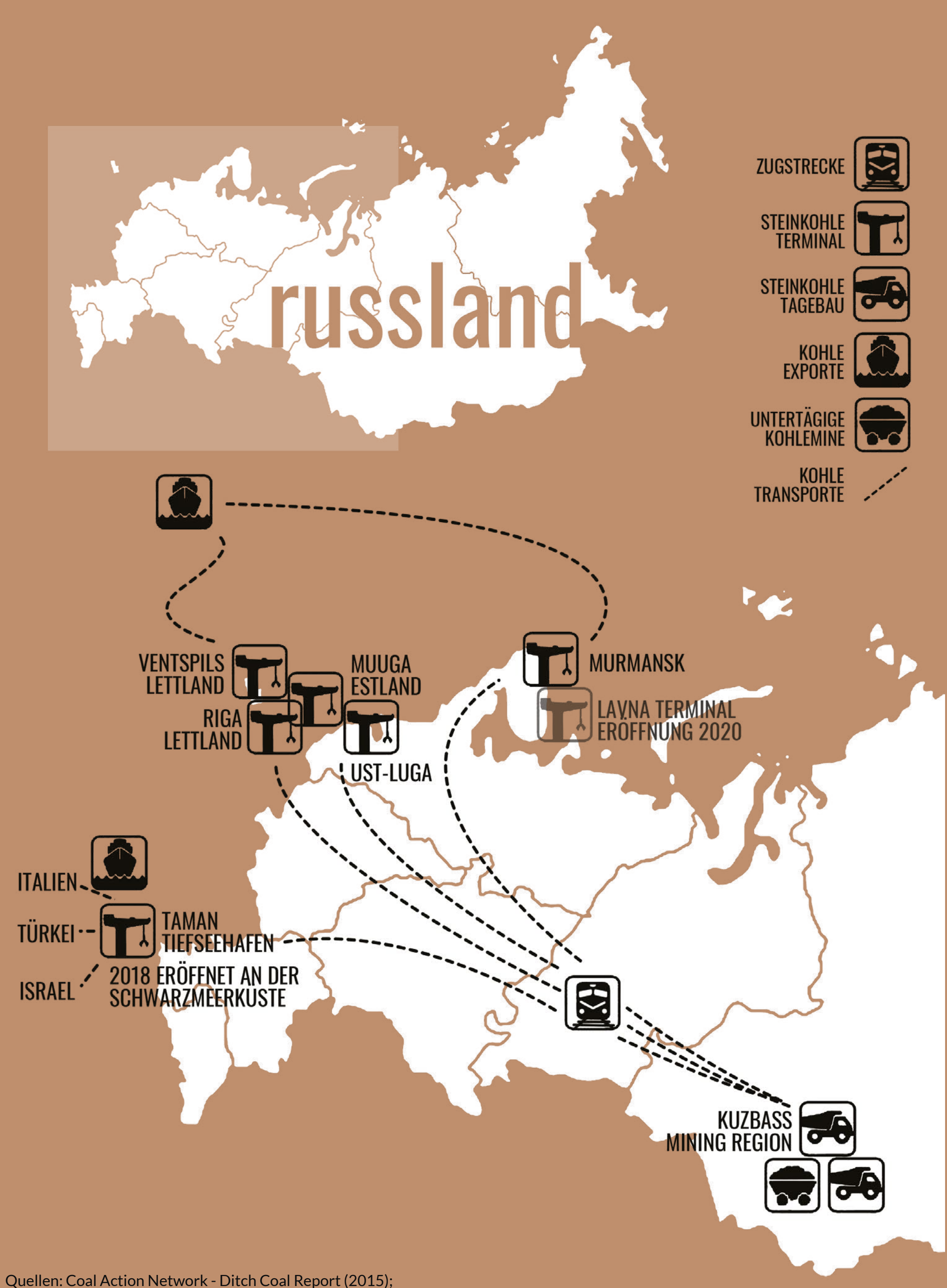
Es ist noch gar nicht lange her, da exportierte Russland kaum Steinkohle. Damit war es schneller vorbei, als man „ugol“ sagen konnte, das russische Wort für Kohle. Heute ist Russland der drittgrößte Exporteur und der sechstgrößte Produzent von Steinkohle weltweit. Zwei Fünftel der in Deutschland verbrauchten Steinkohle kommen aus Russland[1].

Leider ist über den russischen Teil der Lieferkette nur sehr wenig bekannt. Auch die deutschen Energieversorger, Abnehmer der russischen Kohle, scheinen allenfalls vage zu wissen, was sie da importieren. Darauf deutet hin, dass sie der NGO Urgewald zufolge ihr Greenwashing-Instrument „Bettercoal“ nutzen, um an Informationen über die russischen Bergbaukonzerne zu kommen.

Anders als die Öl- und Gasförderer sind die Kohlekonzerne in Russland privatwirtschaftlich. Darunter sind die Unternehmen Kuzbassrazrezugol, Siberian Business Union, Mechel, Siberian Coal Energy Company (SUEK), Energougol und Razrez Bungursky-Severny.

Die Folgen des Kohleabbaus

Die Kohle, die nach Zentraleuropa gebracht wird, stammt nahezu ausnahmslos aus einer Region mit Namen Kuzbass (Abkürzung für Kuznetsker Becken) im Süden Sibiriens. Das Revier erstreckt sich zwischen den Städten Kemerovo und Novokuznetsk auf einer Fläche von 63.000 m^2 (entspricht 63 % der Fläche der Niederlande)[2]. Nach Angaben der russischen NGO Ecodefense[3] verschlingen die Tagebaue und Transportrouten häufig ganze Dörfer, weil die Kohlekonzerne sich an deren bereits ausgebauter Infrastruktur bedienen: Stromtrassen, Straßen und Schienen. Die Kohleindustrie ist tödlich: 93,8 % der Trinkwasservorräte sind vergiftet[4]. Krebs- und Lungenerkrankungen häufen sich. Eine Besonderheit der russischen Tagebaue besteht darin, dass die Kohle aus dem Boden heraus gesprengt wird, woraufhin sich der Staub mit dem Wind verteilt und sich auf die umliegenden Siedlungen legt. Das traurige Ergebnis: Die Lebenserwartung im Kuzbass liegt drei bis vier Jahre unter dem ohnehin nicht hohen russischen Durchschnitt.



Quellen: Coal Action Network - Ditch Coal Report (2015);
Verein der Kohleimporteure - Jahresbericht (2018)

Der Widerstand in Russland

Trotz gruseliger staatlicher und zivilrechtlicher Repressionen nimmt der lokale Widerstand Fahrt auf. Die Dorfbewohner*innen haben begonnen, sich zu versammeln und – zunächst zögerlich – zu organisieren. Immer häufiger gibt es Kleingruppenaktionen. Vor Kurzem legten zum Beispiel zwei Dorfbewohner mit einer Sitzblockade vor dem Haupttor einer Grube den Betrieb stundenlang lahm. Anschließend wurden sie vom Minenbetreiber auf Schadensersatz verklagt.



Die Aktivistin Olga Vasiljevna Selischeva auf einer Mahnwache. Auf dem Plakat steht: „Kuzbass - unser Haus und kein Kohlelager!"



Schwarzer Schnee: Yana Tannagasheva und Larisa haben noch nicht aufgegeben

Die Kohleindustrie zerstört die Lebensgrundlagen indigener Gruppen, die seit Jahrtausenden in dem Gebiet im Kuzbass leben. Die sibirischen Schoren zum Beispiel haben ihr Land verloren[5]. „Nein zu neuen Tagebauen. Bewahren wir die Wälder und Flüsse für unsere Kinder!“, schrieb der Schore Anatolij Majtakov auf das Banner seiner Mahnwache, kurz bevor er starb. Solche Ein-Personen-Mahnwachen sind eine der wenigen vom Staat erlaubten Protestformen. Die Schorin Valenina Bekrinova sagt: „Wir Schor*innen glauben, dass das Land, der Boden, die Pflanzen und die Berge eine Seele haben. Der Bergbau hat sie alle getötet.“ Und auch die wenigen verbliebenen Teleuten – zusammen nicht mehr als 2000 – können kaum noch Widerstand leisten.



„Wir wollen nicht auf Mondlandschaften leben!"
Yana Tannagasheva macht eine Ein-Personen-Mahnwache im Kuzbass.

In den vergangenen zwei Jahren gab es einige große Erfolge der Anti-Kohle-Bewegung in Russland. Ein Gericht in Belovo entschied im Frühjahr 2018, der Kohleabbau sei „keine Notwendigkeit für die Regierung". Ecodefense und die Menschenrechtsanwält*innen vom „Team 29" hatten zuvor gegen den Bau einer neuen Grube geklagt. Sie erreichten zwei Dinge: Erstens entzog das Gericht dem Konzern Stroypozhservice die Genehmigung für die Grube. Das war eine Premiere in Russland: Nie zuvor hatte ein Gericht ein bereits genehmigtes Bergbauprojekt gekippt. Zweitens musste Stroypozhservice nun auch die Zwangsenteignungen stoppen[6].

Offenbar wurde die Anti-Kohle-Bewegung in Russland den Mächtigen zu erfolgreich: Ecodefence wird seit Beginn des Jahres 2019 heftig kriminalisiert. Alexandra Korolewa, die Direktorin der NGO, ist aus Russland geflohen und hat in Deutschland politisches Asyl beantragt.



Anatolij Majtakov, Schore, bei der Mahnwache vor der Administration der Stadt Myski, Kuzbass. Er protestierte gegen den Tagebau Kijzasskij. Majtakov ist an Herzversagen gestorben.



Das Dorf Chuvashka und der Tagebau Krasnogorski

Der Export der russischen Kohle

Die russische Exportkohle wird über die Seehäfen abtransportiert. Ein großer Teil gelangt über Pazifikhäfen nach Japan und Südkorea[7]. Die Kohle liegt in den Docks haufenweise herum, direkt neben den Wohnhäusern. Auch hier bauen die Anwohner*innen zunehmend Widerstand auf.

Steinkohle, die für Zentraleuropa bestimmt ist, nimmt den Weg über die Ostsee. Zu den wichtigen Häfen zählen Murmansk, das lettische Riga und vor allem Ust-Luga in der Nähe von St. Petersburg, ein hochautomatisierter Umschlagplatz mit gigantischem Durchsatz. Von hier aus wird die Kohle zum Beispiel nach Stettin, Rostock, Hamburg, Rotterdam, Amsterdam und Antwerpen verschifft.

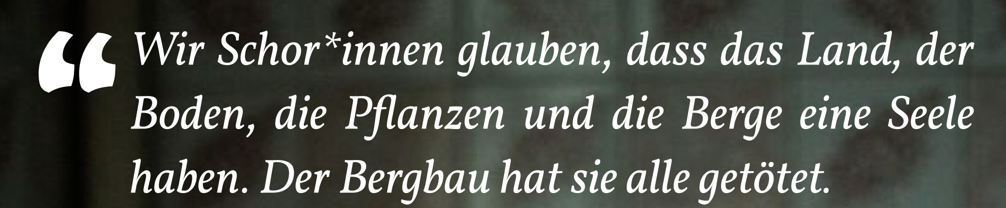
Zusammengefasst scheren sich die russischen Kohlekonzerne einen Dreck um die Menschen und deren Widerstand. Und sie wissen den russischen Staat auf ihrer Seite. Die Menschen im Kuzbass werden alleine gelassen. Ein Weg, das zu ändern, könnte darin bestehen, die Probleme in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen, innerhalb und außerhalb Russlands. Hier kommen unsere Lieferkettenblockaden ins Spiel.

Lasst uns die Aufmerksamkeit auf die tödlichen Zustände im Kuzbass lenken. Niemand soll mehr wegschauen können. Schon gar nicht die russischen Kohlekonzerne.

Valentina Bekrinova, Kuzbass

Mein Name ist Valentina Bekrinova. Ich bin eine Schorin, so wie die meisten Menschen hier im Dorf Chuvashka. Ich war 25 Jahre lang Lehrerin in der Stadt, bevor ich zurückgekehrt bin. Ich hatte damals keine Ahnung, dass der Kohleabbau solch ein Problem werden würde. Nun bin ich hier gefangen, weil ich es mir nicht erlauben kann, mein Haus zu verkaufen. Ich wünschte, ich wäre niemals zurückgekommen.

Vor meinem Haus beginnt der Sibirginski Tagebau, hinterm Haus die Kohlehalde einer anderen Mine. Das Dorf ist umzingelt. Überall ist Kohlestaub. Die Explosionen aus den Minen bringen das ganze Haus zum Wackeln. Das Fundament sinkt immer weiter ab und im Gewächshaus zerspringt das Glas. Aber die Bergbauunternehmen kommen für die Schäden nicht auf. Die meisten der hier aktiven Bergbauunternehmen gehören dem bis 2018 zuständigen Gouverneur, Aman Tuleyev, und seinen Söhnen. Wenn es nach ihnen geht, werden Chuvashka und acht weitere schorische Dörfer dem Tagebau geopfert. Ich bin erschöpft. In meinem Alter gegen die Bergbauunternehmen zu kämpfen, ist schwierig.



> *„Wir Schor*innen glauben, dass das Land, der Boden, die Pflanzen und die Berge eine Seele haben. Der Bergbau hat sie alle getötet.*

Valentina Bekrinova, Dorfbewohnerin aus Chuvashka

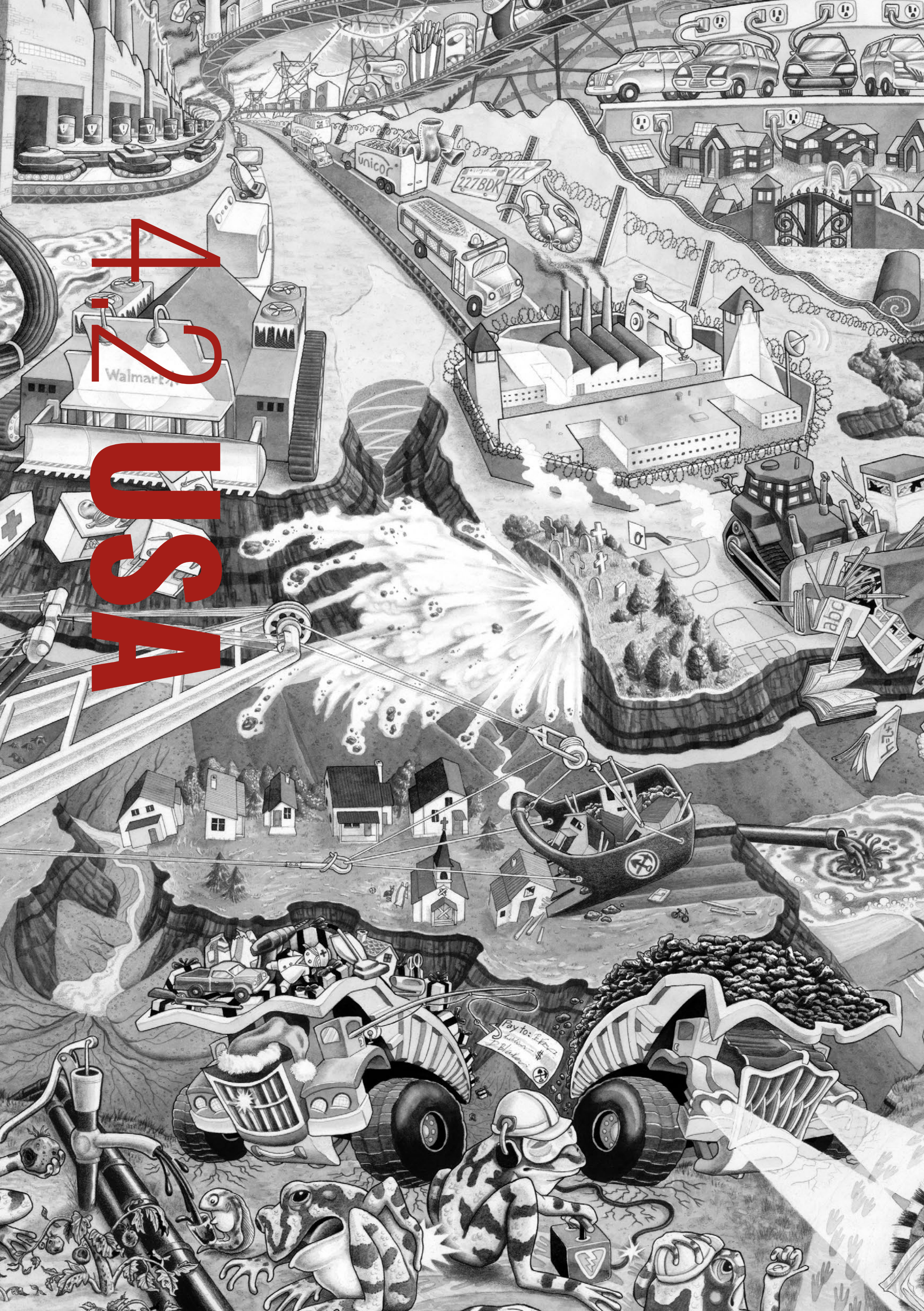
2017 war das erste Jahr, in dem keine Beeren mehr auf den Sträuchern gewachsen sind. Die Bodenqualität ist aufgrund des Kohlestaubs mittlerweile sehr schlecht. Auch meine Tomaten gehen ein oder verrotten. Früher habe ich Nahrung im Wald gesammelt, aber die Pflanzen sind krank geworden. In der schorischen Kultur essen wir viel Fleisch. Wir haben wilde Enten gejagt und Fische geangelt. Das war, bevor alle Fische gestorben sind. Wir respektieren die Natur und haben sie beschützt. Jetzt gibt es keinen Respekt mehr, alles ist ruiniert. Die Kohle zerstört nicht nur unsere Pflanzen, sondern auch unsere Kultur. Selbst das Wasser ist schlecht und stinkt nach faulen Eiern. Es enthält Kohle und Eisenerz und macht uns krank. Der Fluss ist verschmutzt, der Stausee radioaktiv verseucht. Ich fordere die Bergbauunternehmen dazu auf, uns mit Trinkwasser zu versorgen. Aber sie weigern sich.

Einst waren wir Schoren selbstverwaltet. Doch dann kam die Kohleindustrie. Seit 2013 leisten wir Widerstand. Von 2013 bis



2015 haben wir Mahnwachen organisiert. Wir waren besorgt, dass das, was uns widerfährt, sich auf die umliegenden Dörfer ausbreitet, aber wir haben keine Unterstützung von außerhalb des Dorfes erfahren. 2015 haben sie uns Geld angeboten, aber weder Rechte noch Land. Andere Dörfer waren mit der Zeit ebenfalls betroffen, weitere Mitstreiter*innen schlossen sich uns an. Seit 2015 bedrohen die Behörden Menschen, die in der Bewegung gegen den Kohleabbau aktiv sind. Menschen haben ihre Jobs verloren und haben Probleme, ihre Familie zu versorgen. Ihre Namen stehen auf schwarzen Listen. Wir haben den Protest gegen die Minen auf Eis gelegt, weil die Repressionen unaushaltbar wurden. Die Geheimpolizei kam in das Dorf. Es waren so viele, Chuvashka war voll mit Polizei.

Das Schlimmste ist, dass sie uns unser Land weggenommen haben. Die meisten Schoren sind nicht in der Lage, sich an das Leben in der Stadt anzupassen. Ich fürchte, die Schoren werden bald aussterben. Ohne unsere Flüsse und unsere Taiga kann unser Volk nicht überleben. Das ist es, was die Russen wollen: uns beseitigen. Sie haben uns kolonialisiert und krank gemacht. Meine Zähne fallen aus und meine Haare werden dünner. In unseren Gemeinden steigen die Krebs- und Tuberkuloseraten an. Die durchschnittliche Lebenserwartung ist auf 60 Jahre gesunken. Was hier passiert, ist Genozid. Wir sind Kinder der Natur, aber niemand will heute noch Kinder bekommen. Ich habe keine Menschen mehr, mit denen ich Schorisch, meine Muttersprache, sprechen kann und habe angefangen, Wörter zu vergessen. Wir Schor*innen glauben, dass das Land, der Boden, die Pflanzen und die Berge eine Seele haben. Der Bergbau hat sie alle getötet.


USA 2.4
Walmart
unicor
227BDK
abc
Pay to:

Uncoal Sam!

Mountaintop Removal (MTR) ist eine Form des Steinkohleabbaus, bei der die Minenkonzerne ganze Berggipfel wegsprengen , um an das darunter liegende Kohlevorkommen zu gelangen. Die bis zu 120 m hohen Deckgebirge der Lagerstätten werden anschließend mit Baggern abgeräumt, bis die Kohle offen liegt[1].

Angewandt wird dieses Verfahren vor allem in den Appalachen, einem Gebirgszug im Osten der USA. Betroffen sind hauptsächlich die Staaten Virginia, West-Virginia, Kentucky und Tennessee[1]. Die Appalachen sind eine der ältesten Berglandschaften der Welt. Ihre ausgedehnten Mischwälder weisen eine der höchsten Artenvielfalten der gemäßigten Klimazone auf. Vor der europäischen Kolonialisierung und der damit verbundenen Vertreibung lebten in dem Gebiet unterschiedlichste indigene Gemeinschaften, z.B. die Cherokee.

Seit dem Beginn des MTR-Abbaus in den 1970er-Jahren hat die Kohleindustrie in den Appalachen über 500 Bergkuppen gesprengt und abgetragen[1] - und damit das Landschaftsbild der Region tiefgreifend verändert. Der entstehende Abraum wird in nahegelegene Täler gekippt, durch die häufig Flussläufe führen. Über 3000 km Flussläufe wurden auf diese Weise schon verschüttet[2]. In den Abbauregionen befinden sich zentrale Trinkwasserreservoirs für die benachbarten Dörfer und für Millionen von weiteren Menschen. Doch mit dem Abraum gelangen Substanzen wie Selen, Quecksilber und Arsen in Flüsse und Grundwasser[1]. In den USA muss die Kohle vor der Verbrennung gewaschen werden. Die Chemikalien, die bei der Reinigung der Kohle eingesetzt werden, verunreinigen die Gewässer zusätzlich. Für viele Menschen in der Region ist es Alltag, dass aus ihrem Wasserhahn eine braune, giftige Brühe kommt - und kein trinkbares Wasser[2].

„Wenn es eine andere Nation wagen würde, unsere Berge wegzusprengen und unser Wasser zu vergiften, würden wir ihr den Krieg erklären", sagt Paula Swearengin aus West Virginia, die 2018 – erfolglos - für einen Sitz im Senat kandidierte hat. „Aber Konzerne dürfen das."[2]

Neben dem kontaminierten Wasser führt auch die Luftverschmutzung durch Kohlestaub zu schweren gesundheitlichen Belastung der lokalen Bevölkerung. Verschiedene Studien zeigen, dass es ein erhöhtes Risiko gibt, an Krebs- oder Nierenleiden zu erkranken.

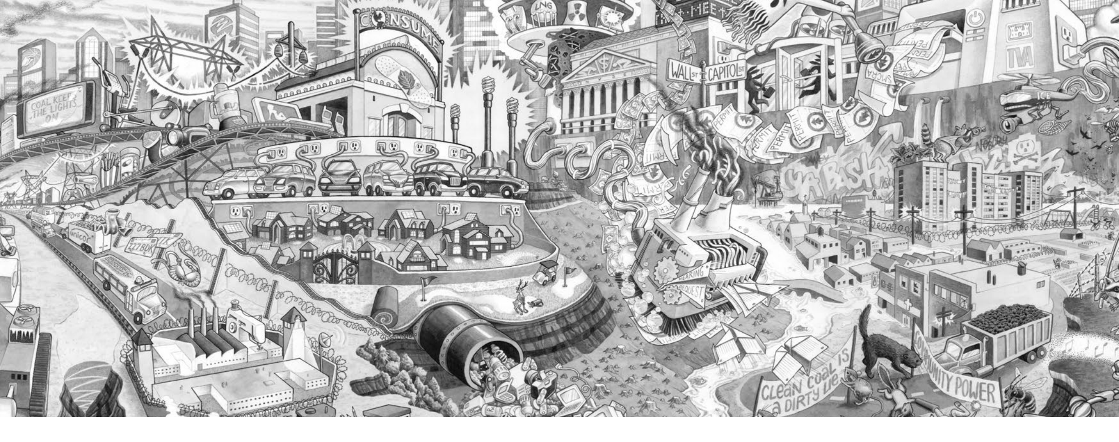


Bei schwangeren Frauen, die in der Nähe einer MTR-Mine leben, steigt die Wahrscheinlichkeit, ein Kind mit Herzschaden zur Welt zu bringen, um mehr als 180 % (zum Vergleich: Wenn eine Frau in der Schwangerschaft raucht, steigt die Wahrscheinlichkeit um 30 %)[3].



Proteste vor Ort

Zahlreiche Gruppen kämpfen mit öffentlichen Protesten, Gerichtsverfahren oder direkten Aktionen gegen Mountaintop Removal. Sie haben es nicht einfach, denn der Abbau von Kohle ist tief in der Geschichte und dem aktuellem Selbstverständnis der Menschen in den Appalachen verankert. Auch die Menschen, die unter den Folgen des Kohleabbaus leiden, fürchten sich davor, dass sich die Kohlekonzerne zurückziehen und die Region wirtschaftlich noch schwächer dasteht als jetzt. Die „Friends of Coal", die sich selbst als eine Gruppe von Freiwilligen bezeichnen, halten die Fahne der Kohleindustrie hoch. Sie gehen an Schulen und erklären Jugendlichen, dass sie stolz darauf sein können, in „Coal Country" zu leben[4]. Kohle-Gegner*innen werden immer wieder bedroht oder physisch angegriffen, berichtet die aktivistische Gruppe RAMPS. Gruppen wie RAMPS (Radical Action for Mountains' and People's Survival) wissen, dass es nicht nur Proteste gegen Kohle braucht, sondern auch eine dauerhafte Unterstützung der betroffenen Gemeinden. Sie organisieren Projekte mit Jugendlichen und fahren Wassertanks zu den Haushalten[5].



Importe aus den USA

Die Kohle aus den USA landet auch in deutschen Kraftwerken. Im Jahr 2015 importierten deutsche Firmen 7,5 Mio. t Steinkohle aus MTR-Abbau in den Appalachen[6]. Der deutsche Energieversorger RWE ist außerdem Miteigentümer der Blackhawk Mining LLC, dem größten Produzenten für Steinkohle aus MTR-Abbau der USA (3,6).

Die Proteste von Umweltorganisationen wie Keeper of the Mountains[7] oder der deutschen NGO Urgewald[8] zeigen Wirkung. 2016 kündigte die Deutsche Bank an, keine Kredite mehr an MTR-Unternehmen zu vergeben[6]. Die Gruppe EQUAT (Earth Quaker Action Team) erreichte 2015 mit ihren Kampagnen und gewaltfreien Sitzblockaden, dass die amerikanische Bank PNC keine MTR-Geschäfte mehr finanziert.[9] Auch zahlreiche andere Investoren haben sich mittlerweile aus dem MTR Geschäft zurückgezogen[3]. Doch obwohl der Kohlebergbau in den USA im Niedergang begriffen ist, wird immer noch ein Drittel des US-amerikanischen Stroms durch Kohleverbrennung erzeugt[10]. Und die politische Anti-Kohle-Arbeit vor Ort ist hart.

The True Cost of Coal

Im Jahr 2008 verbündete sich das Beehive Kollektiv mit Appalachischen Grasswurzel Organisatoren die gegen die zerstörerische Praxis des Mountaintop Removal (die Entfernung von Berggipfeln zur Kohlegewinnung) kämpfen. Mountaintop Removal ist eine höchst zerstörerische Praxis, mit der alte Berge gesprengt und in giftige Mondlandschaften verwandelt werden, um die wachsende globale Stromnachfrage zu bedienen.

Nach mehr als zwei Jahren Recherche vor Ort, Austausch von Geschichten, Basteln von Metaphern und akribischem Zeichnen, einschließlich der Zusammenarbeit mit Hunderten von Basisgruppen und Menschen aus der ganzen Welt, haben wir 2010 die True Cost of Coal- Grafikkampagne veröffentlicht.

Diese Grafikkampagne spiegelt die Komplexität der Kämpfe um Land, Lebensunterhalt und Selbstbestimmung in den Appalachen wieder, und wurde mit der Absicht geschaffen, die unglaubliche Geschichte des organisierten Widerstands und den Mut von Gemeinschaften, die im Schatten der Großen Kohle (Big Coal) leben, zu ehren. Die Appalachen Gebirge sind der Ort an dem die meisten gemäßigten Wälder mit der weltweit größten Artenvielfalt gefunden werden, und die Grafik strotzt nur vor bioregional-spezifischen Pflanzen- und Tierarten, die sowohl von ökologischer als auch von kultureller Bedeutung für die Appalachen sind.



Eine vollständige Beschreibung der Charaktere mit ihren gebräuchliche Namen findet ihr in der Erzählung. Diese optisch fesselnde Grafik soll als „Multitool“ für Aktivistis und andere Menschen, die echte Lösungen für Energie-Extraktivismus und Klimawandel suchen, dienen.

Kohle betrifft uns alle, und wir alle spielen eine Rolle in dem System, das auf Kohle zur Treibstoffversorgung basiert. Fast die Hälfte des Stroms in den USA kommt heute noch aus der Verbrennung von Kohle, der schmutzigsten Energiequelle des Planeten. Mountaintop Removal stellt ein menschliches und ökologisches Drama dar, verheerend für Gemeinschaften die an Abbaugebieten, stromabwärts und im Wind/in Windrichtung von Kohlekraftwerken leben, sowie alle von uns die wir mit katastrophalem Klimawandel konfrontiert sind.

Die True Cost of Coal Grafikkampagne hilft Menschen, ihre Geschichten zu teilen, ihren Platz im Gesamtbild zu finden, und aktiv zu werden im Kampf für eine gerechte und ökologisch gesunde Zukunft.



4.3 KOLUMBIEN

Koloniale Kohle

„Ich wünsche mir, dass die Menschen in Deutschland sich bewusst werden, wo die Kohle herkommt, die sie konsumieren. Und über die Konsequenzen“, sagt Luz Angela Uriana Epiayu, Mutter des schwer lungenkranken Moisés Daniel. Sätze dieser Art würden zuhauf fallen, wenn man die Menschen in den Abbaugebieten Kolumbiens fragen würde.

Aber genau das ist das Problem: Niemand fragt. Und so folgt die Lieferkette der kolumbianischen Steinkohle nur einer Logik: der des Profits. Sie ist ein Paradebeispiel für den modernen Neokolonialismus, in dem die Zentren des globalen Nordens die desaströsen Folgen ihres Rohstoffhungers in Länder wie Kolumbien auslagern – und in der Tradition der vergangenen 500 Jahre auch noch davon profitieren.

Rohstoffland Kolumbien

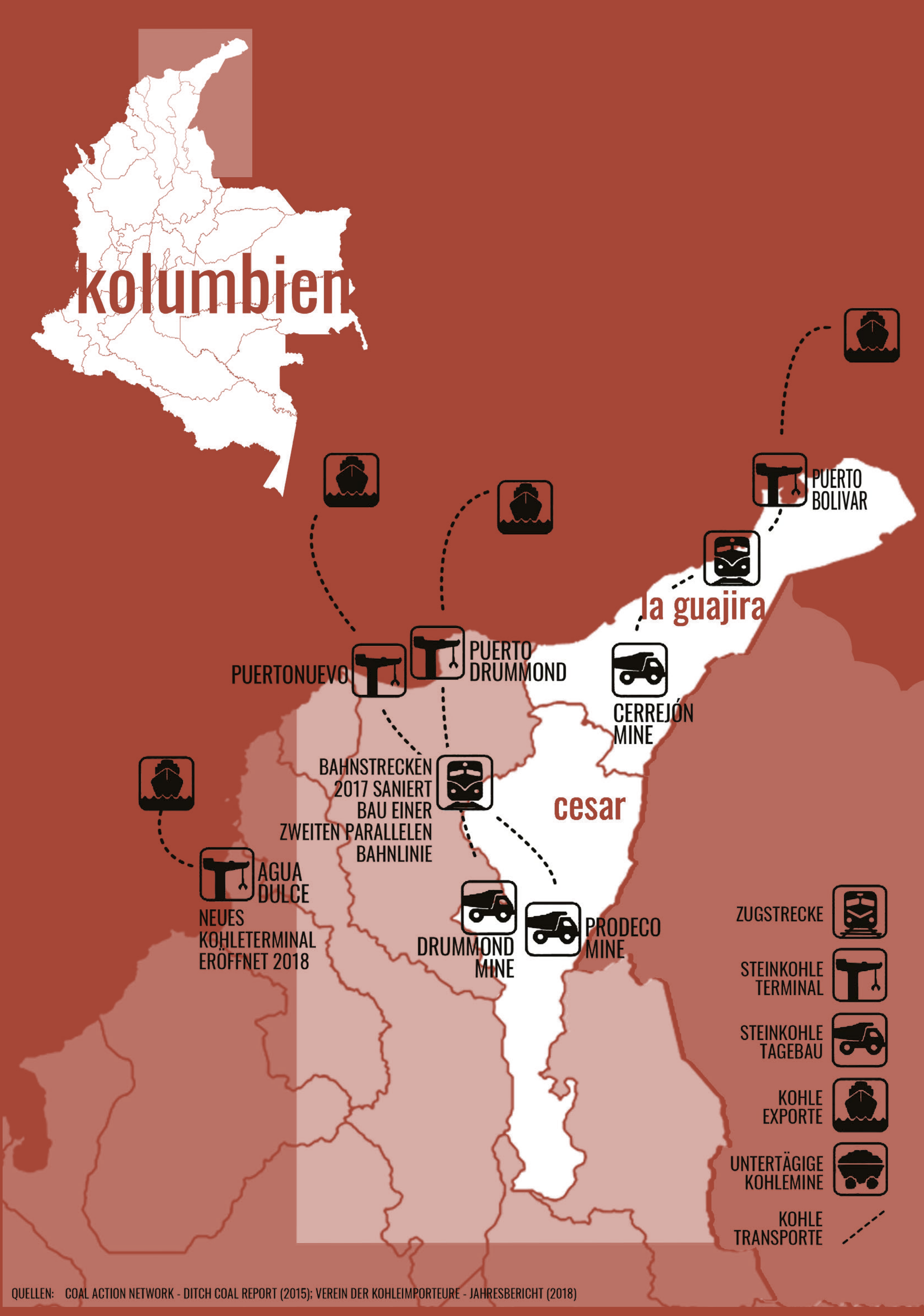
Der boomende Rohstoffsektor ist einer der wichtigsten Devisenbringer des Landes; Kohle- und Ölexporte stehen an erster Stelle. Kolumbien hat mit geschätzten 6,2 Mrd. t die größten Steinkohlevorkommen Lateinamerikas. Schon seit den 1980er-Jahren wird Kohle gefördert, fast ausschließlich im Tagebau[1]. Im Jahr 2017 wurden knapp 90 Mio. t aus der Erde unter den beiden Kohleprovinzen Guajira und Cesar geholt. Fast die gesamte Steinkohle wird exportiert, überwiegend nach Europa. Die wichtigsten Abnehmer in Deutschland sind die Energiekonzerne EnBW, Eon, RWE und Steag sowie Vattenfall[1].

Kolumbiens Rohstoffreichtum ist auch ein Fluch

Wirtschaftliche Interessen werden seit Jahrhunderten mit Gewalt durchgesetzt. Allein seit dem Friedensschluss der Regierung mit der FARC-Guerilla im Dezember 2016 sind 591 Menschenrechtsverteidiger*innen ermordet worden, berichtete die Menschenrechtsorganisation Indepaz Ende Mai 2019. Gewaltsame Vertreibungen, politische Morde, Verschwindenlassen und extralegale Hinrichtungen (Mord an Zivilisten durch Soldaten): Die meisten Verbrechen werden von rechten paramilitärischen Einheiten begangen und haben wirtschaftliche Hintergründe. Großgrundbesitzer*innen und wirtschaftliche Eliten, Agrar- und Rohstoff-Multis profitieren davon oder sind sogar direkt mit den Paramilitärs verbandelt. Militär und Regierung schauen weg oder haben auch ihre Hände mit im Spiel. Gewerkschafter*innen werden bedroht oder ermordet, Kleinbauernfamilien gewaltsam vertrieben. Mit über 7 Mio. gewaltsam Vertriebenen ist Kolumbien weltweit das Land mit den meisten Binnenflüchtlingen. Dies ist das politische Setting, in dem die internationalen Bergbaukonzerne agieren.



Tagebau El Cerrejón in La Guajira


kolumbien
PUERTO BOLIVAR
la guajira
PUERTONUEVO
PUERTO DRUMMOND
CERREJÓN MINE
BAHNSTRECKEN 2017 SANIERT BAU EINER ZWEITEN PARALLELEN BAHNLINIE
cesar
AGUA DULCE
NEUES KOHLETERMINAL ERÖFFNET 2018
DRUMMOND MINE
PRODECO MINE
ZUGSTRECKE
STEINKOHLE TERMINAL
STEINKOHLE TAGEBAU
KOHLE EXPORTE
UNTERTÄGIGE KOHLEMINE
KOHLE TRANSPORTE
QUELLEN: COAL ACTION NETWORK - DITCH COAL REPORT (2015); VEREIN DER KOHLEIMPORTEURE - JAHRESBERICHT (2018)

La Guajira

Obwohl in den vergangenen drei Jahrzehnten etliche Millionen Tonnen Kohle aus der Guajira im Norden Kolumbiens gefördert wurden, ist sie das zweitärmste Departement (Bundesland) von Kolumbien. Daher sagen viele Bewohner*innen, dass der Reichtum geht und für sie nur zerstörte Lebensbedingungen und Umwelt bleiben.

Epizentrum der Kohleindustrie in der Guajira ist der Tagebau „Cerrejon". Die Mine ist einer der größten Kohletagebaue der Welt und gehört den Bergbau-Multis Glencore, Anglo American und BHP-Billiton. Über 19 indigene und afro-kolumbianische Gemeinschaften wurden für den Kohletagebau von Cerrejon zwangsumgesiedelt, oft mit brachialer Gewalt. Die Entschädigungen ersetzen den Verlust der Lebens- und Einkommensgrundlagen nicht, wirtschaftliche und soziale Strukturen werden zerstört, ehemalige Kleinbauernfamilien landen in Vorstadtsiedlungen.

Die afro-kolumbianische Gemeinschaft von Tabaco wurde 2002 mit Polizei und Bulldozern vertrieben, ihr Dorf dem Erdboden gleich gemacht. Bis heute sind die Menschen nicht entschädigt worden, obwohl Gerichte ihren Anspruch darauf festgestellt haben[1]. „Seit 17 Jahren sind wir von unserem Territorium vertrieben, haben kein Land, viele kein geregeltes Einkommen", klagt Samuel Arregoces gegenüber der Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien an[2]. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, haben am 16. Oktober 2018 mehrere Familien ein Stück Land besetzt.



Samuel Arregoces, Bewohner des zerstörten Dorfes „Tabaco" und Jakeline Romero Epiayu von „Fuerza de Mujeres Wayuú"

Wer sich wehrt, muss in der Guajira mit Morddrohungen rechnen. Das zeigt das Beispiel der Fuerza de Mujeres Wayuú, der Organisation der indigenen Wayuú-Frauen. Im April 2019 erhielten sie von den Paramilitärs der „Agulias Negras" einen Drohbrief[3]. Die vielen Morde belegen, dass die Paramilitärs ihre Drohungen auch in die Tat umsetzen.

Dennoch leisten die Menschen Widerstand: Sie organisieren z.B. ihren Protest zum Schutz des Flusses Arroyo Bruno, den Cerrejon umleiten will, um immer mehr Kohle fördern zu können. Der Tagebau gefährdet die wenigen verbliebenen Wasserquellen in einer ökologisch fragilen Umwelt. Während die Menschen und ihre Landwirtschaft unter massivem Wassermangel leiden, verprasst Cerrejon täglich 17 Mio. l Wasser, den Menschen bleiben nur 0,7 l Trinkwasser pro Person und Tag[4]. Von 2008 bis 2016 sind rund 4700 Wayuú-Kinder wegen eines Mangels an Wasser und Nahrung gestorben.

Täglich verprasst Cerrejon 17 mio. l Wasser, den Menschen bleiben nur 0,7 l Trinkwasser pro Person und Tag.

Die geplante Umleitung des Arroyo Bruno würde 30 Wayuú-Gemeinden direkt und insgesamt 200.000 Menschen der Region betreffen[3]. „Den Fluss umzuleiten, würde ihn töten. Das wäre so, wie einem Kind seine Mutter wegzunehmen. Es wäre so, wie uns das Blut zu nehmen, wie wollen wir dann noch leben?", klagt Leonardo Sierra, Vertreter der Gemeinschaft von Rocio am Arroyo Bruno.

Die Menschen hier leisten Widerstand. Mit Menschenrechts- und Umweltorganisationen haben sie eine Kampagne begonnen: „Paremos la Mina! - Stoppen wir die Mine!"[5]. Mit der Zerstörung der Flüsse und Wasserquellen ist auch für die Gewerkschaft der Kohlearbeiter*innen SINTRACARBON eine Grenze überschritten, sie unterstützt die Gemeinschaften und die Forderung nach dem Schutz der Bäche und Flüsse[1].



Luz Angela Epiayu, Menschenrechtsaktivistin, Künstlerin und Mutter

Cesar

Im weiter südlich gelegenen Departement Cesar fördern die Bergbau-Multis Drummond, Glencore und Colombia Natural Mining. Sie profitieren von den Abertausenden gewaltsamen Vertreibungen und Morden der Juan-Adrés-Álvarez-Front, einer paramilitärischen Gruppe: Die niederländische Friedensorganisation PAX klagt für den Zeitraum 1996 bis 2006 in der Kohleregion des Departements Cesar 2600 Morde an. Rund 59.000 Menschen seien vertrieben worden. Diese Verbrechen sind bis heute weder verfolgt und aufgeklärt worden, noch wurden die Opfer entschädigt[6].

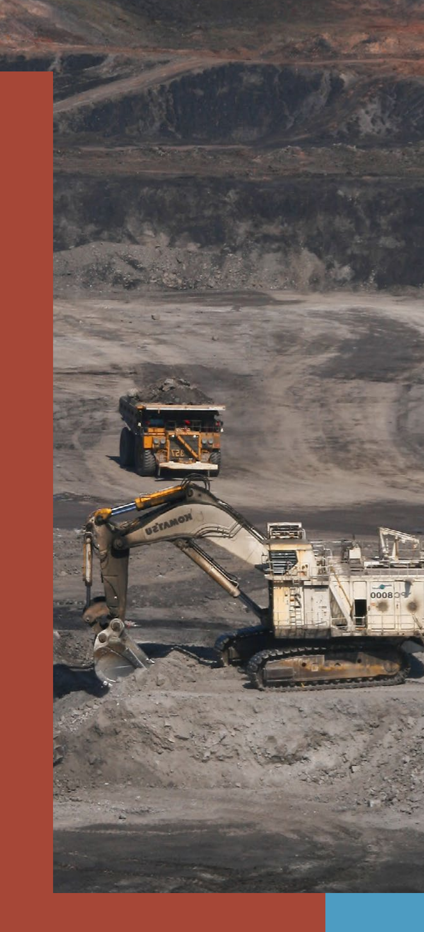
Menschenrechtsverletzungen in der Provinz Cesar:

2.600 Morde

59.000 vertriebene Menschen

Milizen haben vor Gericht ausgesagt, von Drummond finanziert worden zu sein

(1996-2006)



Drummond

Der US-amerikanische Familienkonzern Drummond wird mit besonders schweren Verbrechen in Verbindung gebracht.

Am 12. März 2001 haben Paramilitärs die drei Gewerkschafter Valmore Locarno,Victor Orcasita und Gustavo Soler ermordet[7]. Heute bezeugen ehemalige Paramilitärs, dass die Morde im Auftrag des Drummond-Konzerns ausgeführt wurden. Die Paramilitärs sollen 1,5 Mio. $ von Drummond erhalten haben. Außerdem seien regelmäßig monatlich weitere 150.000 $ bezahlt worden.

> *Die Morde und die Finanzierung paramilitärischer Einheiten stellen aber nur die Spitze des Eisbergs dar. Arbeiter klagen regelmäßig über fehlende Gewerkschaftsfreiheit, zu lange Arbeitszeiten und schlechten Gesundheitsschutz.*

Alirio Uribe, Menschenrechts-Anwalt

Narlis Guzmán Angulo,
indigene Aktivistin,
Menschrechtsverteidigerin
und Mutter



Narlis Guzmán Angulo, Cesar

Mein Name ist Narlis Guzmán Angulo. Ich bin in der Sierra Cesar geboren worden, in der Gemeinde Chiriguaná. Ich bin Frau. Ich bin Mutter. Ich bin Schwarze. Ich bin Aktivistin und Menschenrechtsverteidigerin. Mein Kraft schöpfe ich aus vielen politischen Kämpfen, nicht nur dem um unser Territorium.

Ich bin Indigene aus La Sierra. Die Geschichte meines Volkes begann 1789, als viele versklavte Schwarze von ihren Kolonialherr*innen in dicht bewaldete Berge flohen, um sich dort in Siedlungen zu organisieren - in den sogenannten Palenques.



Unsere Vorfahren haben diese Gebiete mit der gleichen Kraft verteidigt mit der wir sie heute verteidigen.

Narlis Guzmán Angulo, Aktivistin

Wir sind ein kleines Volk – zusammen nicht einmal 400 Familien – und wir sind vom Innenministerium als afrokolumbianisch anerkannt worden. Unsere Geschichte ist gezeichnet von politischen Kämpfen: Immer wieder haben wir uns gegen Großgrundbesitzer*innen gewehrt, die uns unser Territorium wegnehmen wollten, unsere Ahnengebiete. Wir wurden verwundet, gefangen genommen, verhaftet und ermordet.

Heute sind wir der einzige Landkreis der Ahnengebiete hat – insgesamt mehr als 400 Hektar. Unsere Vorfahren haben diese Gebiete mit der gleichen Kraft verteidigt, mit der wir sie heute verteidigen.

In der Sierra konnten wir uns mit unserer Landwirtschaft immer ernähren, doch damit ist es vorbei. Der Steinkohletagebau hat alles ruiniert. Dies alles hat er uns gebracht: den Zusammenbruch des sozialen Gefüges, Arbeitslosigkeit, Tod, Vermisste, Vertriebene, politische Korruption, den Verlust der Berufung unser Vorfahren, den Verlust unserer Wurzeln, Umweltverschmutzung, Krankheiten, Prostitution, sexuelle Kommerzialisierung von Kindern, Drogenabhängigkeit und vergiftetes Wasser.
Wir können nicht leugnen: Obwohl wir die drittreichste Gemeinde Kolumbiens sind, leben mehr als 60% der Einwohner*innen in extremer Armut.

Heute sind wir ein Volk, das weder Politiker*innen und noch viel weniger den Behörden Glauben schenkt. Sie haben unsere Glauben zu oft missbraucht.

Wir zeichnen uns durch das Fest der Pauke, Kokosnuss und Tamarinde aus; die Patronatsfeste werden im Mai gefeiert, ebenso wie der Tag der Afrokolumbianität. Unsere Frauen sind Kriegerinnen, Kämpferinnen, Bäuerinnen und Handwerkerinnen. Diese Frauen waren sehr wichtige Vorbilder, die die Erinnerung an unsere Geschichte aufrechterhalten. Unsere Räume haben wir uns hart erkämpft.

Wir sind Männer und Frauen eines dauerhaften politischen Kampfes und wir sagen immer wieder, dass wir nicht aufgeben werden bis das Schlechte gut ist, das Gute besser ist und das Beste ausgezeichnet ist – „hasta que lo malo sea bueno, lo bueno mejor y lo mejor excelente".

Gerade wurde der Bergbau nochmal um 20 Jahre verlängert, aber wer trägt die soziale Verantwortung dafür?



„Diese Frauen waren sehr wichtige Ikonen um Erinnerung an unsere Geschichte aufzubauen; die Räume, die sie haben, wurden hart erkämpft."
-Narlis Guzmán Angulo



Tagebau El Cerrejón in La Guajira



4.4 Dekolonialität und Extraktivismus
vom System hinter dem fossilen Kapitalismus

Die russische Schorin Valentina Bekrinova und die Afro-Kolumbianerin Narlis Guzmán Angulo haben für diese Broschüre ihre Geschichten erzählt. Zwei Frauen aus zwei verschiedenen Ländern, ihre Kämpfe sind auf den ersten Blick unterschiedlich. Aber sind sie das wirklich? Wer genauer hinsieht, bemerkt, wie sich dennoch ähnliche Muster zeigen: in Russland, in Kolumbien und in den meisten Abbaugebieten. Von diesen Mustern, vom System hinter dem fossilen Kapitalismus, handelt dieser Text. Für das Bündnis deCOALonize Europe sind in der Auseinandersetzung mit Steinkohle zwei Begriffe zentral: Dekolonialität und Extraktivismus. Diesen beiden Ausbeutungsstrukturen entgegenzuwirken, das ist unser Antrieb.

Was ist Extraktivismus?

„Extrahere“ (auf Deutsch: extrahieren) kommt aus dem Lateinischen und heißt so viel wie „herausziehen“. Dieser Begriff bedeutet, dass natürliche Ressourcen der Erde entnommen werden. Der Extraktivismus beschreibt jedoch ein wirtschaftliches System, dass auf der Ausbeutung von Rohstoffen basiert [1].

Entscheidend ist, dass große Mengen einer natürlichen Ressource durch Bergbau, Erdölfelder oder Monokulturen gewonnen werden. Das Ziel der Gewinnung ist nicht die lokale Produktion, sondern der Verkauf auf dem Weltmarkt. In sogenannten Enklaven werden die Rohstoffe mit verheerenden sozialen und ökologischen Kosten abgebaut und ohne weitere Einbindung in die lokale Ökonomie exportiert. Heute werden weltweit permanent große Mengen an fossilen und mineralischen Rohstoffen aus der Erde entnommen z.B. Kohle, Gas, Öl, Silber, Gold und Erze. Sie bilden die materielle Grundlage der industriellen Produktion. Die Ausweitung des Kapitalismus beruht darauf, dass im Kolonialismus Rohstoffe und Sklav*innen aus dem Globalen Süden in den Globalen Norden verschifft wurden. Heute beuten vor allem Transnationale Konzerne die natürlichen Ressourcen im Globalen Süden aus. Im klassischen Extraktismus lässt der neoliberale Staat die Konzerne gewähren. Die Profite der Konzerne, die den Abbau und Handel betreiben, bleiben nicht in den Regionen, sondern wandern zu den Eigentümer*innen im Globalen Norden.

Beispiel: Deutsche Steinkohleimporte

Nach einer langen Geschichte des deutschen Steinkohle-Extraktivismus, z.B. im Ruhrgebiet und im Saarland, wurden die letzten Zechen in Deutschland Ende 2018 geschlossen. Allerdings wird weiterhin Steinkohle zur Stromgewinnung oder Stahlproduktion in deutschen Kraftwerken verbrannt. Deutschland hat die Primärproduktion also einfach ausgelagert, weil ein „sauberer Abbau" - inklusive hoher Umweltschutzstandards, der Einhaltung von Arbeitsrechten und Absicherung der Folgekosten - in Deutschland zu teuer wurde. Im Vergleich dazu ist Kohle aus Kolumbien und Russland billig, denn dort müssen diese Hürden nicht genommen werden. Dies hat blutige Konsequenzen, weshalb wir die Importkohle auch Blutkohle nennen[2]. Der Steinkohlehandel bedroht Menschen in den Abbauregionen aber Konzerne wie EnBW, Steag, Uniper, Vattenfall, RWE und weitere große Energieversorger mit Sitz in Deutschland sind für die CO_2-Emissionen verantwortlich und fahren die wirtschaftlichen Profite ein.

Neo-Extraktivismus in Mittel- und Südamerika

In den 2000er Jahren kamen in Lateinamerika sogenannte progressive Regierungen an die Macht. Die Regierungen Argentiniens, Brasiliens, Venezuelas, Boliviens, Ecuadors und Nicaraguas setzten weiter auf die Ausbeutung von Rohstoffen – jedoch mit einem anderen Ziel. Im sogenannten Neo-Extraktivismus nimmt der Staat eine aktive Rolle ein. Der Neo-Extraktivismus wird damit gerechtfertigt, dass ein Großteil des Profits beim Staat bleibt. Die Einnahmen wurden in vielen dieser Länder über Sozialprogramme umverteilt. Der Neo-Extraktivismus diene also der Entwicklung der Länder des Globalen Südens.[3] Dennoch leidet vor allem die Bevölkerung in den Abbauregionen unter den sozialen und ökologischen Folgen.[4] Die Umverteilung über Sozialprogramme erhöhte in den letzten Jahren für viele Menschen die Lebensqualität. Kritische lateinamerikanische Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen kritisieren trotzdem dieses Entwicklungsmodell[5]. Neben der fortbestehenden Abhängigkeit vom Weltmarkt basiert die wirtschaftliche "Entwicklung" weiterhin auf der Ausbeutung von Mensch und Umwelt[6].

Was ist Dekolonialität?

DeCOALonize Europe geht davon aus, dass das aktuelle Wirtschaftssystem dekolonialisiert werden muss. Mit Kolonialismus wird vor allem die gewaltsame politische und ökonomische Beherrschung weiter Teile der Welt durch europäische Länder seit Ende des 15. Jahrhunderts bezeichnet. Im 20. Jahrhundert wurden viele europäische Kolonialherrschaften formal beendet und die kolonialisierten Länder wurden offiziell politisch unabhängig. Die politische Unabhängigkeit ehemaliger Kolonien hat vielen Ländern außerdem keine wirtschaftliche Unabhängigkeit gebracht. Mit dem Imperialismus ging die wirtschaftliche Abhängigkeit jedoch vielerorts weiter. Kolonialismus und Imperialismus sind noch längst keine Phänomene aus unseren Geschichtsbüchern.

Jahrhunderte Kolonialherrschaft haben global sehr ungleiche Strukturen herausgebildet. Es gibt zwischen dem Globalen Norden und Globalen Süden offensichtlich große Unterschiede in Bezug auf Wohlstand, Zugang zu Gesundheit, Bildung etc. Das kapitalistische Wirtschaftssystem, die globalen Lieferketten, haben sich aus der kolonialen Ausbeutung herausgebildet und vergrößern heute fortwährend die globalen Ungleichheiten. Ehemals kolonialisierte Gebiete haben eine sehr ungleiche Ausgangslage in der Konkurrenz auf dem globalen Weltmarkt.

Unser Wohlstand in Europa und der auf Extraktivismus fußende neoliberale Kapitalismus sind aber nur eine Facette der einen Seite der Medaille[7]. Rassistische Ideologie rechtfertigte die brutale Ausbeutung durch europäische Herrschende und Händler*innen. Mit Rassismus und Kolonialismus schuf Europa seine Moderne. Die Moderne, in der wir heute Leben, ist weiterhin tief von Rassismus durchzogen. Unendliches Wirtschaftswachstum, die westliche Idee von Entwicklung, die Zerstörung und Ausbeutung von Umwelt und Natur – in unserer heutigen Wirtschafts-, Lebens- und Denkweise wirkt Kolonialität fort. Kolonialität ist die andere Seite der Moderne, die dunkle Seite der Medaille[8]. Deshalb ist es notwendig diese zu dekolonialisieren.

Russland war nach der hiesigen Definition keine Kolonie wie das heutige Kolumbien und Südafrika. Wie dargelegt wurde, ist unsere Welt aber so stark von der kolonialen Geschichte geprägt, dass Kolonialität sowohl im Globalen Norden als auch im Globalen Süden fortwirkt. Die indigenen Schoren in Südsibirien werden vom russischen Staat und von den Kohlekonzernen derart ausgebeutet, dass sie selber von Kolonialismus sprechen. Deshalb hängt unsere Forderung nach einem Ende der Steinkohleimporte aus Russland auch hier mit Dekolonialisierung zusammen. Auch dieser Import bringt Ausbeutung mit sich, die dem Muster neokolonialer Herrschaftsstrukturen folgt.

Kulturelle, soziale und demokratische Dimensionen der Dekolonialisierung

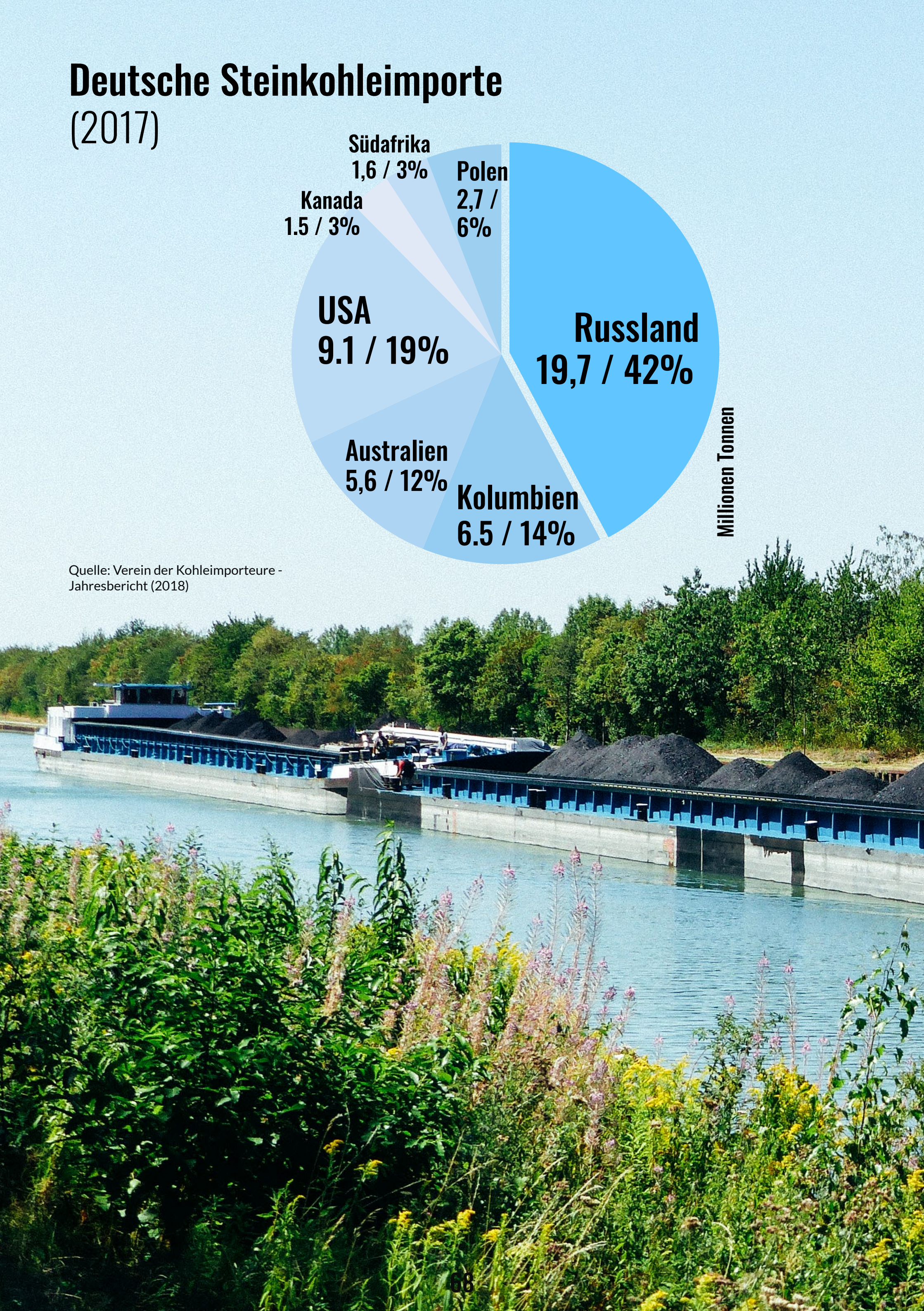
Nicht nur das extraktivistische Wirtschaftsmodell stellt eine Kontinuität der kolonialen Warenströme aus den Amerikas, Afrika und Asien nach Europa dar. Mit dem Kolonialismus wurde auch westliche Ideologie – bestimmte Ideen vom Mensch-Natur-Verhältnis, Entwicklung etc. - mit Zwang und Gewalt überall auf der Welt verbreitet. Weltweit gibt es jedoch auch andere Konzepte, wie Gesellschaft, Naturverhältnisse und Wirtschaft funktionieren können und sollten. Um unsere Vorstellung von gutem Leben zu dekolonialisieren müssen wir von dekolonialen Konzepten lernen.

Ein bekanntes Konzept aus der Andenregion ist das sogenannte Buen Vivir oder Vivir Bien (das gute Leben)[9]. Das Konzept ist sehr stark von indigenen Weltanschauungen geprägt. Im "buen vivir" wird das Verhältnis zwischen Mensch und Natur ganz anders wahrgenommen. Natur ist kein Rohstoff, sondern der Mensch ist Natur und hat Respekt vor ihr und damit vor sich selbst. Eigentum an Natur ist unmöglich. Natur kann nicht mit einem Preis versehen werden und ist deshalb auch nicht als Ware verkäuflich. "Buen vivir" basiert auf einer radikal demokratischen Idee des Zusammenlebens. Menschen entscheiden gemeinsam und im Sinne aller (einschließlich allem Nichtmenschlichen). Gesellschaftliche Entwicklung wird nicht an Wirtschaftswachstum gemessen. Überproduktion, die Zerstörung mit sich bringt, kann keine anzustrebende Entwicklung sein[6]. Die Repression von Graswurzelbewegungen, die sich gegen extraktivistische Projekte auflehnen, ist somit die neokoloniale Repression eines indigenen Demokratieverständnisses.

Was hat deCOALonize Europe mit mir als Person zu tun?
Die Lebensweise, die hierzulande u.a. durch die Verstromung importierter Steinkohle (und lokaler Braunkohle) möglich ist, wird auch eine **imperiale Lebensweise** genannt. Die Lebensweise ist imperial, weil sie nur auf Kosten von anderen Menschen und der Umwelt möglich ist[7]. Extraktivismus ist ein wesentlicher Bestandteil der imperialen Produktionsweise und unseres Konsums. Momentan tragen vor allem die Menschen in den Abbauregionen die Kosten der Blutkohle und viele Menschen im Globalen Süden bereits die Folgen der Klimakrise. Langfristig werden wir alle, auch hier in Deutschland, die Folgen unserer imperialen Lebensweise zu spüren bekommen. Denn auf einem endlichen Planeten ist kein unendliches Wachstum möglich.

Die Energieversorgung unseres Alltags basiert auf dem Steinkohleabbau in anderen Ländern und deren Import nach Deutschland. Es ist ein Paradebeispiel, um den Zusammenhang zwischen Extraktivismus und Neokolonialismus zu veranschaulichen. Ein deutliches Beispiel um zu verstehen, warum wir uns und Europa dekolonialisieren müssen.

Post-Extraktivismus
„Post" kommt auch aus dem Lateinischen und heißt „nach". Wir haben ein Ziel. Wir wollen den weltweiten Extraktivismus überwinden, und damit auch unsere Lebens-, Denk- und Produktionsweise dekolonialisieren. Wir wollen, dass Extraktivismus und Neo-Extraktivismus in die Geschichtsbücher gehören. Unser Ziel ist das gute Leben für alle, überall. Das geht nur im Post-Extraktivismus und Post-Kolonialismus.


Deutsche Steinkohleimporte
(2017)
Südafrika
1,6 / 3%
Polen
2,7 /
6%
Kanada
1.5 / 3%
USA
9.1 / 19%
Russland
19,7 / 42%
Australien
5,6 / 12%
Kolumbien
6.5 / 14%
Millionen Tonnen
Quelle: Verein der Kohleimporteure -
Jahresbericht (2018)



Deutschland ist mit Abstand der größte Steinkohleimporteur in Europa[8]. Im Jahr 2018 wurden unvorstellbare 51,2 Mio. t Steinkohle zur Stromerzeugung und Stahlproduktion nach Deutschland importiert[1].

Während vor einigen Jahren noch der größte Teil der importierten Kohle aus Kolumbien stammte, wird mittlerweile mit Abstand die meiste Steinkohle aus Russland importiert (siehe Kap. 2.2). Der Import aus den USA ist in den letzten Jahren gleichbleibend hoch.

Steinkohle aus Russland wird in den Ostseehäfen Rostock, Kiel und Flensburg umgeschlagen. Über den Nord-Ostsee-Kanal bzw. über das Polarmeer gelangt die russische Kohle auch in die deutschen Nordseehäfen.

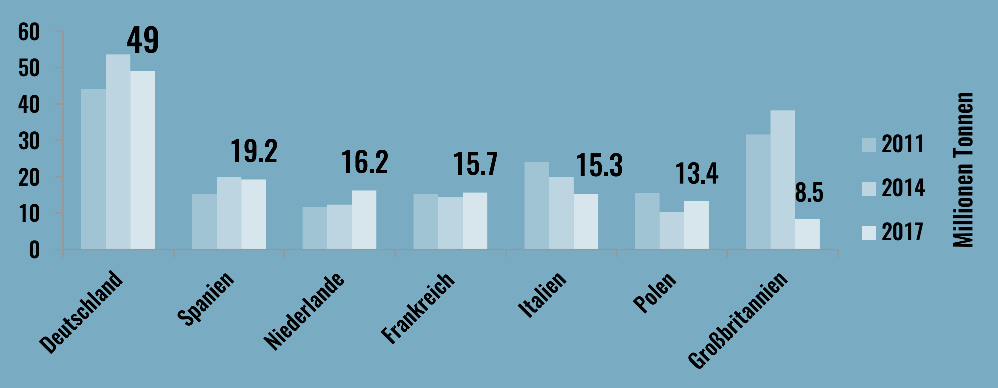
5 DER WEG DER STEINKOHLE

Binnentransport von Steinkohle in Deutschland



Trianel-Kraftwerk in Lünen-Stummhafen

Die 7 größten Steinkohle-Importländer der EU

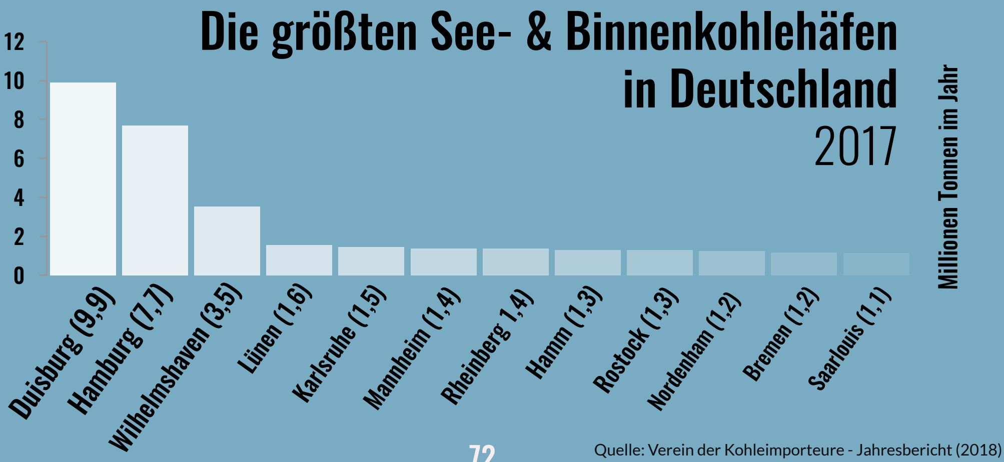


Quelle: Verein der Kohleimporteure - Jahresbericht (2018)



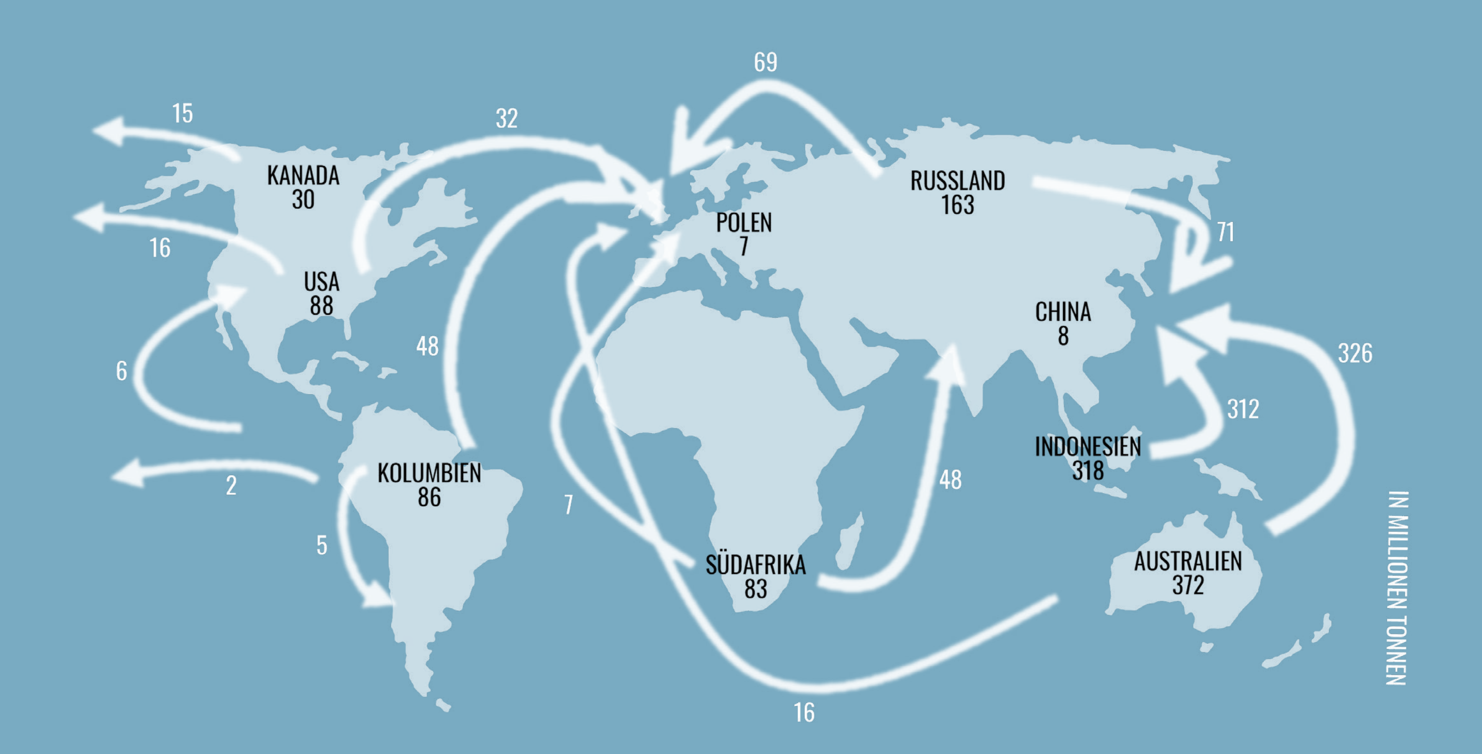
Importsteinkohle aus Kolumbien, Südafrika und den USA wird vorwiegend auf dem Seeweg in die Häfen von Rotterdam, Amsterdam und Antwerpen verbracht[2]. Dort gibt es Kohlehäfen, in denen die Kohle aus den großen Überseefrachtern zwischengelagert und auf kleinere Binnenfrachter umgeladen wird. Von dort aus geht es weiter über die Flüsse in die Binnenhäfen. Die Duisburg-Ruhrorter Häfen gelten als größter Binnenhafen Europas und verzeichnen mit 9,9 Mio. t den mit Abstand höchsten Kohleumschlag deutscher Binnenhäfen[3].

Über den Rhein, den Rhein-Herne-Kanal und Datteln-Hamm-Kanal gelangt die Kohle zu den Kohlekraftwerken im Ruhrgebiet. Über den Rhein, Main und Neckar gelangt die Kohle in die Kraftwerke in Hessen und Baden-Württemberg. Außerdem liefern Überseefrachter Kohle über die Nordsee in die Häfen von Hamburg, Bremen, Wilhelmshaven, Nordenham, Brunsbüttel und Wedel. Der Hansaport, der Hamburger Kohle- und Erzhafen, verzeichnet mit 7,7 Mio. t Steinkohle, den höchsten Kohleumschlag deutscher Seehäfen[4] (siehe Kap. 5.1) Über die Elbe, den Elbe-Seitenkanal, die Weser und den Mittellandkanal gelangt die Kohle auf Binnenfrachtern zu den Kohlekraft- und Stahlwerken nach Hamburg, Niedersachsen, Brandenburg und Berlin[5].



Quelle: Verein der Kohleimporteure - Jahresbericht (2018)

haupthandelsströme der steinkohle im seeverkehr 2017



GLOBALE STEINKOHLEFÖRDERUNG 7 MRD. T.

SEEWÄRTIGER STEINKOHLEHANDEL 1,24 MRD. T.

Quelle: Verein der Kohleimporteure - Jahresbericht (2018)

5.1 DIE KOHLE LANDET IN EUROPA

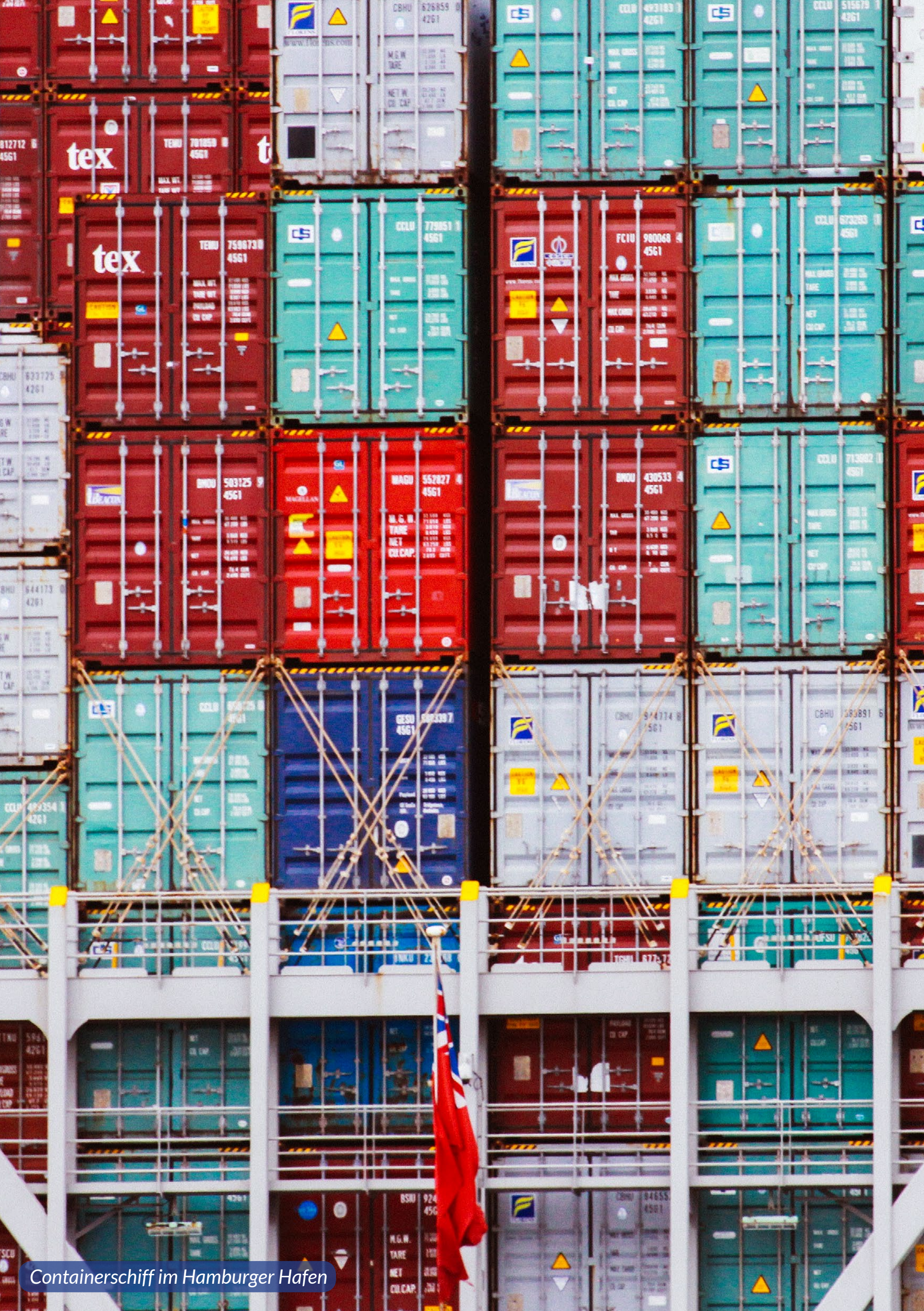


Harbour Games, Hamburg (2018)

Der Hamburger Hafen

Der Hansaport in Hamburg gilt als Deutschlands größter Seehafen für Kohle- und Erzimporte und zugleich als größtes Terminal für Schüttgut. Jedes Jahr legen mehr als 150 Massengutfrachter an den zwei Löschplätzen für Seeschiffe an.





Containerschiff im Hamburger Hafen



Der automatisierte Hansaport

Die für den Transport von Gütern durch Massengutfrachter notwendige Wassertiefe von 15,4 m wurde durch die achtfache Vertiefung der Elbe ermöglicht, welche im 19. Jahrhundert noch ca. 3 m bis 4 m tief war. Knapp 36 Stunden dauert es, bis die mit Steinkohle und Erzen aus u.a. Russland, USA, Südafrika, Brasilien, Kanada, Schweden und Finnland[3] beladenen Schiffe mithilfe der 67 m hohen Löschbrücken entladen und die Steinkohle und Erze auf Halden zwischengelagert werden. Schaufelradbagger befördern die Kohle vollautomatisch auf die 10 km lange Förderbandanlage, die sie zur Beladestation der Güterzüge und zu den Liegeplätzen für Binnenschiffe weitertransportieren[1].

Verladung und Lagerhaltung auf der 65 ha großen Anlage werden nahezu vollautomatisch mithilfe von GPS-Systemen und 3-D-Laser-Scannern gesteuert. Nach Aussage des Betreibers arbeitet die Anlage bis zu 90 % im Automatikbetrieb. Nur wenn Züge oder Schiffe außerplanmäßig ankommen oder die Beschaffenheit des Schuttguts es verlangt, müssen noch Menschen eingreifen[1]. Der hohe Automatisierungsgrad des Hansaports ermöglicht dem Terminalbetreiber, der Hansaport Hafenbetriebsgesellschaft mbH, das Importvolumen über die letzten Jahre auf ca. 15 Mio. t zu steigern, davon 7,7 Mio. t Steinkohle[2], obwohl das Unternehmen nur knapp 107 Mitarbeiter*Innen beschäftigt[3]. Hansaport ist ein Joint Venture aus Deutschlands zweitgrößtem Stahlhersteller, der Salzgitter AG (51 %), und der städtischen Aktiengesellschaft Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) (49 %).


Steinkohletransporte nach Hamburg
Vancouver
Cartier
Texas City
Rome-
ville
Mobile
Ponta da Madeira
Tubarao
Narvik
Murmansk
Kokolla
Sastmola
Ust-Luga
Vysotsk
Ijmuiden
Riga
Gdynia
Ventspils
Rotterdam
Antwerpen
Gijon
Richards
Bay
Maputo
Saldanha
Exporthäfen Erz
Exporthäfen Steinkohle
Quelle: Beobachtungen von Gegenstrom Hamburg 2014-2019

Der physische Handel mit der Steinkohle wird erst durch die Zusammenarbeit von Tagebau-, Hafen- und Kraftwerksbetreibern mit zahlreichen Logistikunternehmen möglich. Reedereien, wie Oldendorff Carriers, verschiffen die Kohle über die Ozeane nach Hamburg, wo die Massengutfrachter nicht nur den Kohlehafen, sondern auch Norddeutschlands dreckigstes Kohlekraftwerk (in absoluten Zahlen), KKW Moorburg (Vattenfall) und HKW Wedel (Vattenfall Wärme Hamburg GmbH) in Hamburg direkt beliefern. Allein durch den Seeschifftransport fallen jährlich CO_2-Emissionen im Bereich Hunderttausenden Tonnen an[4].

Binnentransport und involvierte Akteur*innen

Die Niedersächsische Verfrachtungsgesellschaft mbH, Fine Logistik GmbH und weitere Logistikunternehmen transportieren mit Binnenschiffen einen erheblichen Anteil der Kohle über die Elbe und den Elbe-Seiten-Kanal in diverse Kraft- und Stahlwerke. Auf diesem Wege werden neben den Kraftwerken Tiefstack (Vattenfall Wärme Hamburg GmbH), Mehrum (EPH/Hannover) und Reuter West (Vattenfall/Berlin) auch die Binnenhäfen in Braunschweig und Beddingen (Salzgitter AG) beliefert.

Der Binnentransport per Bahn wird über die konzerneigene Privatbahn der Salzgitter AG - Verkehrsbetriebe Peine-Salzgitter GmbH (VPS) und die Deutsche Bahn Cargo AG betrieben. Über den Güterverkehr werden u.a. die Flachstahlproduktionswerke der Konzerne Salzgitter AG und ArcelorMittal Eisenhüttenstadt GmbH versorgt[5].



Verladekran im Hamburger Kohlehafen

Eisenerz und Steinkohle sind die Hauptkomponenten der Stahlproduktion. Nach Aussage der Salzgitter AG gehen rund 70 % der Erze und 33 % der Steinkohle direkt in das Hüttenwerk nach Salzgitter. Täglich fahren ca. 2 Kohle- und 5 Erzzüge mit bis zu 44 Waggons, die jeweils bis zu 5000 t transportieren, nach Salzgitter[1].

Die Stahlkonzerne nutzen das Eisenerz und die Steinkohle nach eigenen Angaben hauptsächlich für die Flachstahlproduktion in den Bereichen Automobilindustrie, Rohrproduktion sowie für den allgemeinen Bausektor (Metall, Schiff, und Maschinenbau). Bei der Salzgitter AG bedeutet das konkret, dass Steinkohle und Erze in die massenhafte Produktion klimaschädlicher Autos (u.a. Daimler, BMW und VW)[6] und über die Tochterunternehmen Mannesmann und Europipes in den Bau der Rohre der größten Gas-Pipeline-Projekte Europas („Nord Stream 1 & 2“, „Trans-Adria-Pipeline“, „Langeled“) fließt[7].

Wahrzeichen der Ungerechtigkeit

Der Hamburger Hafen ist nicht nur Hamburgs Wahrzeichen, er ist als einer der größten Häfen Europas zentraler Umschlagplatz von u.a. radioaktiven Materialien, klimaschädlichen Energierohstoffen, tödlichen Rüstungsgütern und Tier“produkten“. Bei all diesen Geschäften sind es reiche westliche Industrienationen bzw. Unternehmen, die profitieren: Sie beuten die Ressourcen und Arbeitskräfte überwiegend ehemaliger Kolonialländer aus und verschärfen dadurch zahlreiche soziale und ökologische Konflikte. Der mit Abstand größte deutsche Überseehafen ist Knotenpunkt globaler sozialer Ungerechtigkeit, Naturzerstörung und Ausbeutung. Der Umschlag in den Häfen ist ein bedeutendes Zahnrad in den Lieferketten der Großkonzerne und ermöglicht ihnen erst ein lukratives Geschäft.

Die Geschichte des Protests

Über die letzten 11 Jahre gab es immer wieder Aktionen gegen Kohleinfrastruktur und ihre Lieferketten im Hamburger Hafen. Angefangen mit dem ersten Klima- & Antirassismuscamp in Hamburg 2008, bei der eine erste offen angekündigte Bauplatzbesetzung des Kraftwerks Moorburg mit Hunderten von Menschen versucht wurde. Der Bau des Kraftwerks konnte nicht verhindert werden, allerdings konnte 2009/2010 erfolgreich die Fernwärmetrasse des KKW Moorburg durch breiten gesellschaftlichen Protest, Baumbesetzungen und Klagen von NGOs verhindert werden. In den folgenden Jahren verlagerte sich der Protest aufs Wasser. 2013 fand eine einstündige Elbblockade mit über 20 Schiffen während des Hafengeburtstages in Solidarität mit den vom Kohleabbau betroffenen Gemeinden in Kolumbien statt. Parallel gab es in Bogotá, Kolumbien, ein Protestkonzert und eine Kundgebung vor dem Umweltministerium. 2015 wurde erstmals der Anleger des Kohlekraftwerks Moorburg durch den Einsatz von Kanus, Kajaks und Schlauchbooten blockiert, ehe 2017 eine Hubbrücke vor dem Kraftwerk gezielt durch u.a. Kletteraktivist*innen blockiert wurde, um das Anlegen eines Kohlefrachters aus Russland zu verhindern. 2018 haben Hamburger Gruppen unterschiedlichster





Container-Terminal Altenwerder





Baggerbesetzung mit „Climate Justice” Transparent im Hamburger Kohlehafen (2019)



sozialer Kämpfe (Klimagerechtigkeit, Tierbefreiung, Anti-Kohle, Refugee-Gruppen, Kurdische-Soli, Anti-Atom, Anti-Kreuzfahrt und Anti-Militarismus) den Hafen als verbindendes Element ihrer Proteste genutzt. Das Bündnis hat mit den „Harbour Games“ eine aktionistische Fahrradrallye durch den Hafen durchgeführt, bei der vielfältige Aktionsmöglichkeiten direkt an den Orten der Ungerechtigkeit erprobt und der Betrieb des Kohle- und Erzhafens erstmals kurzzeitig gestört wurde[8]. Im Frühjahr 2019 wurde der Kohle- und Erzhafen erstmals von der Aktionsgruppe „ShutDownCoalNow“ für über 12 Stunden besetzt. Die Aktion galt als Antwort auf die illegitime Zusammensetzung der „Kohlekommission“ und deren unzureichenden Ergebnisse, welche einen Tag vor der Aktion veröffentlicht wurden.

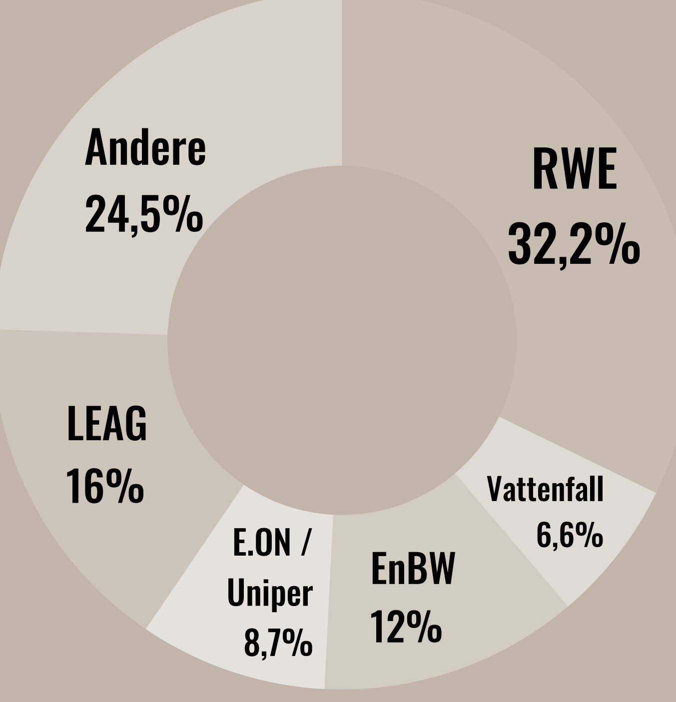


RWE-Kraftwerk Gersteinwerk

6 WER BETREIBT KOHLEKRAFTWERKE IN DEUTSCHLAND?

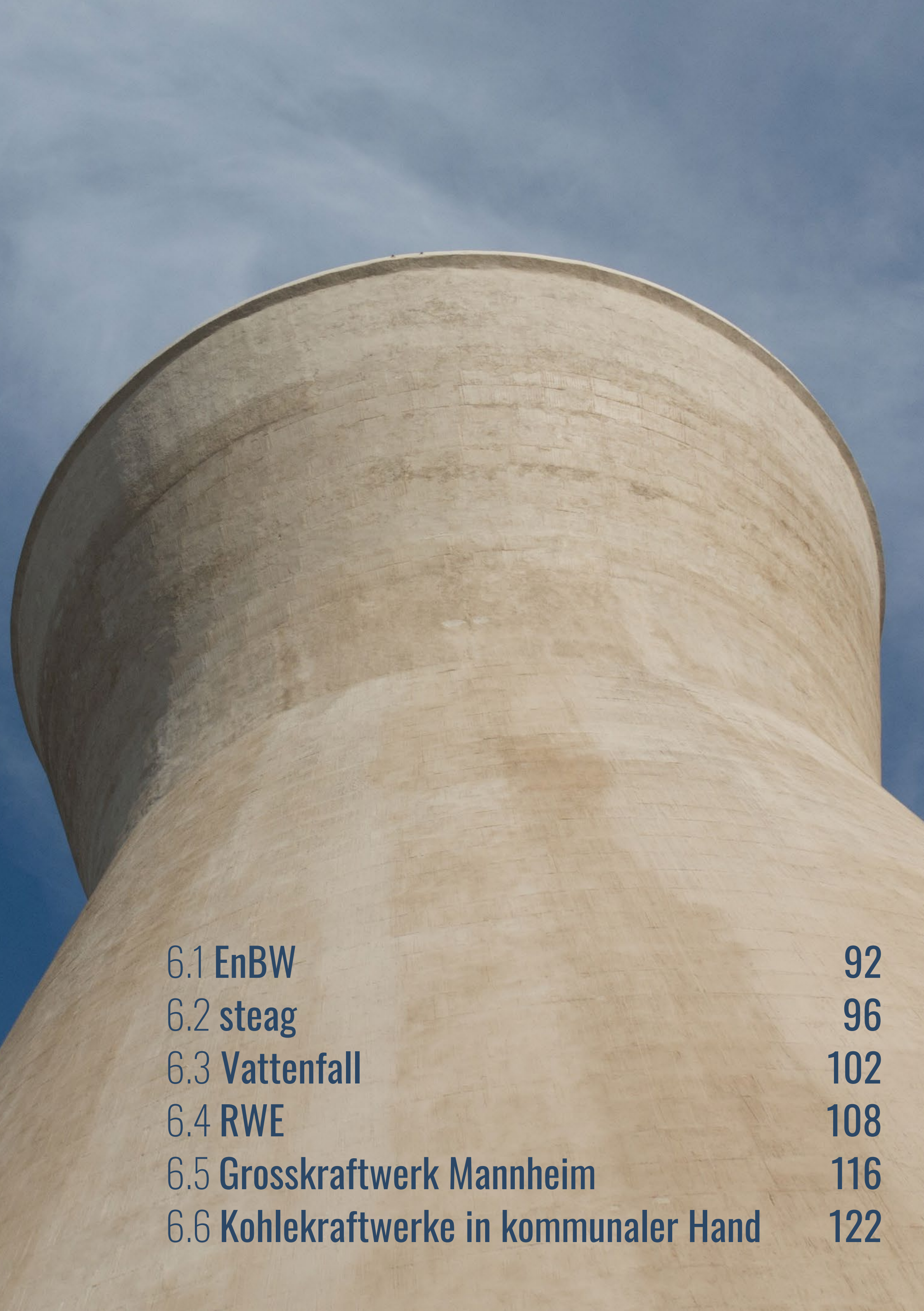






Quelle: Bundesnetzagentur Monitoringbericht (2018)

In Deutschland gibt es noch ca. 60 Steinkohlekraftwerke. Diese werden von großen Stromkonzernen wie EnBW, steag, uniper, Vattenfall, RWE, GKM, Engie, Trianel, LEAG, aber auch von vielen kleineren Stadtwerken betrieben. Außerdem gibt es noch ein paar Industriekohlekraftwerke.[1]



KOHLEIMPORTE (2017)
GESAMT 51,2 MIO. T.

SÜDAFRIKA
1,6 MIO. T.

KANADA
1,5 MIO. T.

AUSTRALIEN
5,6 MIO. T.

RUSSLAND
19,7 MIO. T.

KOLUMBIEN
6,5 MIO. T.

USA
9,1 MIO. T.

POLEN
2,7 MIO. T.

ROSTOCK

ROSTOCK
ENBW, RHEINENERGIE

WILHELMSHAVEN

WILHELMSHAVEN
UNIPER

WILHELMSHAVEN
UNIPER

HAMBURG

MOORBURG
VATTENFALL

NORDENHAM

BREMEN

BREMEN
SWB

ELBE

MEHRUM
LEAG, EPH

HEYDEN
UNIPER

REUTER-WEST
VATTENFALL

IBBENBÜREN
RWE

HANNOVER
ENERCITY

RHEIN

SCHOLVEN
UNIPER

LÜNEN
TRIANEL

GERSTEINWERK
RWE

RHEINBERG

LÜNEN

HAMM

WALSUM
STEAG

HERNE
STEAG

WESTFALEN
RWE

DUISBURG

BERGKAMEN
STEAG

WESER

STAUDINGER
UNIPER

MAIN

MANNHEIM

MANNHEIM
RWE, ENBW, MVV

SAARLOUIS

KARLSRUHE

KARLSRUHE
ENBW

ALTBACH/DEIZISAU
ENBW

NECKAR

MÜNCHEN
SW MÜNCHEN

WICHTIGE
TRANSPORTSTRECKEN

STEINKOHLEKRAFTWERKE
(>1,5 MIO. T. CO_2 PRO JAHR)



IMPORTHÄFEN (>1 MIO. T. PRO JAHR)

Quelle: Bundesnetzagentur (2017);
Verein der Kohleimporteure - Jahresbericht (2018)

Die 20 größten Steinkohlekraftwerke / 2017[2]

	Unternehmen	Kraftwerk	CO_2-Emissionen 2017 [t/a]	Leistung [MW]
1	GKM	Mannheim	**6.860.000**	**1958**
2	Vattenfall	Moorburg	**6.160.000**	**1600**
3	EnBW	Karlsruhe	**3.840.000**	**1351**
4	steag	Walsum	**3.130.000**	**1095**
5	EnBW	Heilbronn	**2.360.000**	**1028**
6	uniper	Heyden	**1.980.000**	**875**
7	RWE	Ibbenbüren	**2.540.000**	**794**
8	EnBW	Altbach/Deizisau	**1.250.000**	**769**
9	RWE	Westfalen	**2.710.000**	**764**
10	uniper	Wilhelmshaven	**1.320.000**	**757**
11	Trianel	Lünen	**2.650.000**	**735**
12	engie	Wilhelmshaven	**2.110.000**	**731**
13	steag	Bexbach	**517.000**	**726**
14	steag	Bergkamen	**1.640.000**	**717**
15	uniper	Scholven	**4.300.000**	**690**
16	LEAG	Mehrum	**1.920.000**	**690**
17	steag	Weiher	**428.000**	**656**
18	RWE	Gersteinwerk	**1.730.000**	**614**
19	Vattenfall	Reuter West	**2.490.000**	**564**
20	EnBW	Rostock	**2.320.000**	**514**

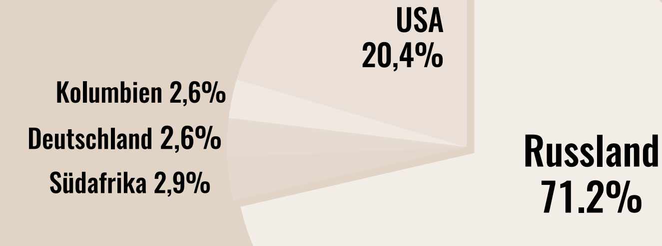
Quelle: Bunesnetzagentur (2019)



6.1 EnBW

Die „Energie Baden-Württemberg AG" betreibt neben den beiden Atomkraftwerken Neckarwestheim 2 und Philippsburg 2 noch sechs Steinkohlekraftwerke mit einer elektrischen Wirkleistung von insgesamt 4016 MW sowie das Braunkohlekraftwerk Lippendorf (Block S) mit 875 MW[1]. Sie ist nach RWE und E.ON das drittgrößte Energieunternehmen in Deutschland. Im Jahr 2017 machte die Kohle 21,6 % am Energiemix aus[2].





Quelle: EnBW (2018)

Interessant ist, dass EnBW zwei Kraftwerksblöcke in Heilbronn, einen in Altbach/Deizisau und zwei in Walheim bei der Bundesnetzagentur zur Stilllegung angemeldet hat, die jedoch in allen Fällen die Stilllegung untersagt hat.

Kraftwerk	**CO_2-Emissionen 2017 [t/a]**	**Leistung [MW]**
Karlsruhe	3.840.000	1351
Heilbronn	2.360.000	1028
Altbach/Deizisau	1.250.000	769
Rostock	2.320.000	514
Walheim	k.A.	244
Stuttgart-Münster	481.000	110
	10.251.000	**4016**

Wegen der zahlreichen und großen Steinkohlekraftwerke ist die EnBW mit ca. 10 Mio. t CO_2- eine der größten CO_2-Emittentinnen in Deutschland[3].

Steinkohleimport

Nach eigenen Angaben erhielt die EnBW 2018 Steinkohle aus Russland (2,72 Mio. t), aus den USA (0,78 Mio. t), aus Südafrika (0,11 Mio. t), Kolumbien (0,10 Mio. t) und aus Deutschland (0,11 Mio. t). Der Import der 3,72 Mio. t Steinkohle erfolgte unter anderem über die Häfen von Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam. Über den Rhein und den Neckar wird die Kohle in die Binnenhäfen von Karlsruhe und Heilbronn transportiert.

Kohleumschlag für die Kraftwerke der EnBW in Mio. t / 2017[5]

Empfangshafen	Rotterdam	Amsterdam	Antwerpen	Summe
Karlsruhe	513.986	925.023	22.434	1.461.443
Heilbronn	129.522	191.927	6.439	327.888

Über die Herkunft der Steinkohle schreibt die EnBW in ihrem Geschäftsbericht für 2018: „Aufgrund der Vielzahl von Kohleminen und Kohleproduzenten in Russland lässt sich die Herkunft der Kohle aus diesem Land lediglich auf die Förderregion Kusnezker Becken (Kusbass) eingrenzen. Ähnlich ist die Situation in Südafrika, wo die Kohle aus der Provinz Mpumalanga stammt. Dagegen lässt sich die Herkunft der Kohle aus Kolumbien genau zurückverfolgen, da die drei großen kolumbianischen Kohleproduzenten über eigene Verschiffungshäfen verfügen. Die EnBW AG bezog 2018 kolumbianische Kohle von den Produzenten Drummond und Glencore aus den Kohleabbauregionen Cesar und La Guajira für ihre Kraftwerke. Die US-amerikanische Kohle stammte fast ausschließlich aus Untertagebergbau im Illinois Basin und in den nördlichen Appalachen."

Wem gehört die EnBW?

Die zwei Hauptanteilseigner der EnBW AG sind mit 46,75 % der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW Energie-Beteiligungs GmbH) und mit 46,75 % die Neckarpri-Beteiligungsgesellschaft mbH, ein Unternehmen des Landes Baden-Württemberg ist. Somit ist die EnBW zu 93,5 % in öffentlicher Hand.

Kommune	Anteil an der OEW
Landkreis Ravensburg	21,8 %
Alb-Donau-Kreis	21,0 %
Bodenseekreis	15,8 %
Landkreis Biberach	11,1 %
Zollernalbkreis	8,7 %
Landkreis Rottweil	6,5 %
Landkreis Sigmaringen	6,2 %
Landkreis Freudenstadt	5,0 %
Landkreis Reutlingen	3,8 %

Kohleausstieg von unten

Dadurch, dass die EnBW zu so einem großen Anteil in öffentlicher Hand liegt, bieten sich hier lokale und landesweite Kohleausstiegskampagnen an. Sei es mit Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden (siehe hierzu „Klimawende von unten“ im Kapitel 6.6 Kommunale Kraftwerksbetreiber) oder mit anderen Aktionsformen. Zum Schluss ein Zitat aus der Klimawende von unten: „Wir sollten immer wieder auf die großen CO_2-Emissionen hinweisen und EnBW dafür anprangern. Mit vielfältigem Protest können wir auch ein so großes Energieunternehmen wie EnBW von der Kohle abbringen. So, let‘s do it!“

Die steag mit Sitz in Essen ist der fünftgrößte deutsche Stromerzeuger und seit 2014 vollständig in den Händen des Stadtwerke-Konsortiums KSBG (Kommunale Beteiligungs-Gesellschaft GmbH & Co. KG).

Die steag betreibt sechs Steinkohle- und ein Raffineriekraftwerk in Deutschland. Da der Betrieb von Steinkohlekraftwerken in Deutschland finanziell immer unattraktiver wird, verlagert steag ihr Geschäft zunehmend ins Ausland. So betreibt steag Steinkohlekraftwerke in Kolumbien, in der Türkei und in den Philippinen. Die dafür benötigte Kohle (auch für die deutschen Kraftwerke) stammt meist aus Russland, den USA, Südafrika und Kolumbien: 2018 importierte das Unternehmen 40,6 % aus den USA, 28,1 % aus Kolumbien und 18,8 % aus Russland. Häufig wird die Kohle unter ökologisch und menschlich mehr als fragwürdigen Bedingungen abgebaut. Weiterhin werden viele Dienstleistungen, vor allem im Ingenieurwesen oder durch Betriebsführung/-unterstützung, im Ausland angeboten – meist im Bereich der konventionellen Energieerzeugung.

Die Eigentümer der steag

Dortmund 36%

Duisburg 19%

Bochum 18%

Essen 15%

Oberhausen 6%

Dinslaken 6%

Quelle: EnBW (2018)



6.2 STEINKOHLEN-ELEKTRIZITÄT AKTIENGESELLSCHAFT

Kraftwerk Herne, steag

Herkunft der Steinkohle

steag gibt an, dass sie keine Blutkohle vom US-Bergbaukonzern Drummond aus Kolumbien bezieht. Stattdessen bezieht sie kolumbianische Steinkohle aus der Region La Guajira, konkret vom Bergbauunternehmen Cerrejón, welches dort einen der größten Steinkohletagebaue weltweit betreibt. steag sagt, sie hätten sich ein eigenes Bild von der Situation vor Ort gemacht. Auch Gespräche mit Gewerkschafter*innen, Anwohner*innen und NGOs habe man geführt. Durch regelmäßige Konsultationen mit Cerrejón versuche das Unternehmen, sich für die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, Sozialverantwortung und Umweltthemen einzusetzen[2].

Der größte Anteil der Steinkohle für die Kraftwerke Walsum, Herne und Bergkamen wird über den Rhein, Rhein-Herne-Kanal und Datteln-Hamm-Kanal geliefert. Die drei Kraftwerke im Saarland erhalten ihre Kohle u.a. über den Rhein, die Mosel und Saar.

Kohleumschlag für die Kraftwerke der steag in Mio. t / 2017

Binnenhafen	Rotterdam	Amsterdam	Antwerpen	Summe
Bergkamen	302,5	227,1	-	529,6
Herne	97,1	23,2	3,6	123,9
Lünen	1549,4	10,8	-	1560,1
Ensdorf	-	348,6	-	348,6

steag und die Kommunen

Ursprünglich wollten die Kommunen nur einen Teil des steag-Konzerns erwerben, für den Rest sollte ein privater Investor gefunden werden. Dieser wurde jedoch nicht gefunden und somit waren die ohnehin schon stark überschuldeten Kommunen in der Pflicht, auch die restlichen 49 % des Konzerns von Evonik zu kaufen. Heute klafft wieder einmal ein großes Finanzloch bei der steag und der Konzern ist im Rahmen des Programms „steag 2022“ nun auf Sparkurs – Mitarbeiter werden gekündigt, das wenige an erneuerbaren Energien verkauft. Zurück bleiben Kommunen, die ihre Schulden zur Tilgung der einst für den Kauf der steag aufgenommenen Kredite nicht bezahlen können und im Konzern selbst fast nur die fossilen Kraftwerke: eine Resterampe, die niemand haben möchte. Dies ist umso ärgerlicher, weil ursprünglich die Idee existierte, die steag zu einem ökologischen Konzern umzugestalten.

Die Steinkohlekraftwerke der steag

Im November 2016 kündigte steag an, aus wirtschaftlichen Gründen fünf Kohlekraftwerksblöcke im Jahr 2017 stilllegen zu wollen, weil die Großhandelsstrompreise an der Börse eingebrochen seien.[5] Hierfür wurden verbindliche Stilllegungsanträge bei der Bundesnetzagentur eingereicht. Dabei handelt es sich um einen Block des Kraftwerks Herne, zwei Anlagen in Voerde sowie die Kraftwerke Bexbach und Weiher[6]. Der Standort Voerde am Niederrhein mit den Kraftwerken Voerde A/B (1.522 MW) und West 1/2 (712 MW) wurde am 31. März 2017 geschlossen[7]. Der Block

3 des Kraftwerks Herne (280 MW) wurde am 30. Juni 2017 stillgelegt[8]. Am 2. März 2018 wurde zusätzlich das Aus für die beiden Blöcke des Kraftwerks Lünen (473 MW) im Jahr 2019 bekannt gegeben[9]. Am 29.4.2019 hat die steag seine beiden saarländischen Kraftwerke Weiher 3 (724 MW) und Bexbach (780 MW) erneut zur vorläufigen Stilllegung bei der Bundesnetzagentur angemeldet[10]. Die saarländischen Kraftwerke Bexbach und Weiher werden vom Netzbetreiber Amprion derzeit immer noch und bis mindestens März 2020 als „systemrelevant" eingestuft und befinden sich im Reservebetrieb[11].

Die Steinkohlekraftwerke der steag / 2017

Kraftwerk	CO_2-Emissionen [t/a]	Leistung [MW]
Walsum	3.130.000	1.095
Bexbach	517.000	726
Bergkamen	1.640.000	717
Weiher	428.000	656
Herne	1.530.000	449
Völklingen-Fenne	1.110.000	390
	8.355.000	4033

steag-Kraftwerke im Ausland

Neben den Kraftwerken hierzulande betreibt steag ein sehr großes Steinkohlekraftwerk Iskenderun in der Türkei mit 1.320 MW und zwei weitere Kleinere, das Kraftwerk Termopaipa im Departamento de Boyacá in Kolumbien (341 MW) und Mindanao auf den Philippinen (232 MW). Das Kraftwerk Iskenderun war 2003 mit 1,5 Mrd. $ nicht nur die größte Investition der steag, sondern auch eine der größten Auslandsinvestitionen in der Türkei.

Initiative Dortmund Kolumbien

Schon seit einigen Jahren informiert die „Initiative Dortmund Kolumbien", bestehend aus der Attac-Regionalgruppe Dortmund, dem „Bündnis Dortmunder Energie Wende kommunal", dem Evangelischen Kirchenkreis Dortmund - Referat Ökumene -, dem Iberoamerika-Kreis der Auslandsgesellschaft und dem Informationszentrum 3. Welt Dortmund, über die schlechten Arbeits- und Umweltbedingungen beim Steinkohleabbau in Kolumbien.

„Die Initiative Dortmund Kolumbien fordert die Dortmunder Stadtwerke AG und Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH auf, ihren Einfluss im Stadtwerkekonsortium dahingehend geltend zu machen, dass steag die Mine Cerrejón verpflichtet, die Rechte der Bewohner und der indigenen Minderheiten einzuhalten und Umsiedlungen nur nach internationalen Standards und unter Beteiligung der Betroffenen vorzunehmen."[12]

Vattenfall ist nach eigenen Angaben der fünftgrößte Stromerzeuger Europas. Das Unternehmen ist im vollständigen Besitz des schwedischen Staates.

Atom-, Kohle-, Gas- und ein bisschen Wasserkraft

(Stand 2017)

Vattenfall konzentriert sich vorrangig auf die schwedischen, deutschen und niederländischen Strommärkte. Während sich der von Vattenfall erzeugte Strom in Schweden vor allem aus Atomkraft (60,7%) und Wasserkraft (37,7%) zusammensetzt, kommt in Deutschland und den Niederlanden der Hauptanteil aus der Verstromung fossiler Energien. In Deutschland kommen derzeit 75,5% des von Vattenfall erzeugten Stroms aus fossilen Energien; den Bärenanteil macht dabei die Steinkohle (56% der Gesamtenergie) aus. Bei der Wärmeerzeugung sieht es mit einem Anteil von 92,5% fossiler Energien noch düsterer aus. In den Niederlanden kommen bei der Stromerzeugung sogar 97,4% aus fossilen Energien, wobei hier der Energieträger Gas (77,1%) den Hauptanteil ausmacht(1). Länderübergreifend setzt sich die Stromerzeugung des Konzerns aus 40,8 % Atomkraft, 28,0% Wasserkraft und 25,1% fossilen Energien, sowie 6 % Windkraft zusammen[1].

6.3 VATTENFALL



Steinkohlekraftwerk Moorburg, Vattenfall



Kohleberge im Hamburger Hafen

Steinkohlekraftwerke Vattenfall

in Deutschland, mit mehr als 100 MW Leistung

Kraftwerk	CO_2-Emissionen 2017 [t/a]	Leistung [MW]
Moorburg	6.160.000	1600
Reuter West	2.490.000	564
Tiefstack	1.210.000	194
Wedel	1.140.000	260
Reuter	451.000	124
	11.451.000	**2742**

Quelle: Vattenfall (2018)

In Deutschland hat Vattenfall derzeit 3,06 Mio. Kund*innen[1] und betreibt sechs Kohle- und Heizkraftwerke, die mit importierter Steinkohle versorgt werden. Die Kraftwerke stehen allesamt in Hamburg (Moorburg, Wedel, Tiefstack) und Berlin (Reuter West, Reuter, Moabit), wo Vattenfall als Grundversorger eine besondere Vormachtstellung auf den Strommarkt einnimmt[2].

Braunkohle abgestoßen - Steinkohle halten

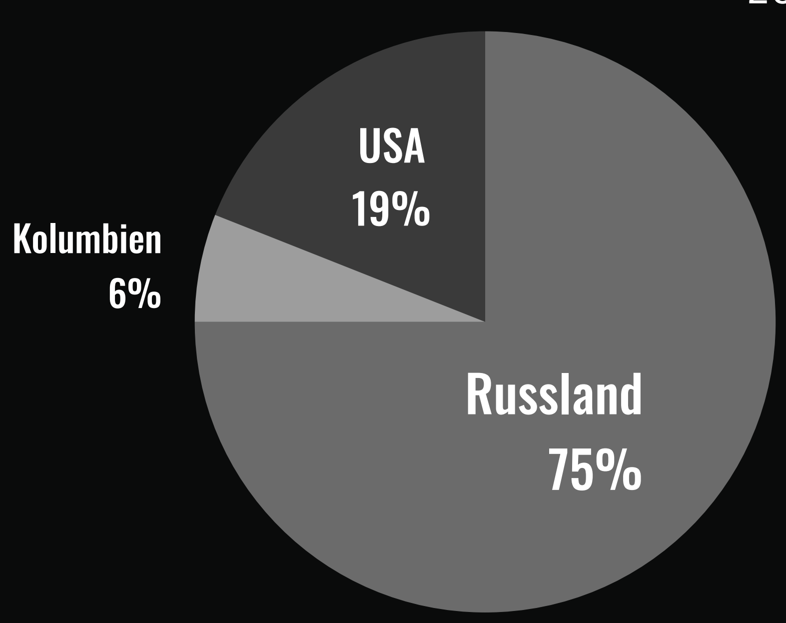
Vattenfall hat 2016 die vollständige Lausitzer Braunkohlesparte an den tschechischen Energieversorger Energetický a Průmyslový Holding (EPH) und den Finanzinvestor PPF verkauft, die damit die Hälfte der bisherigen Stromerzeugungskapazitäten Vattenfalls übernommen haben. Das komplette Lausitzer Braunkohlegeschäft läuft seitdem unter dem Namen Lausitz Energie Kraftwerke AG (LEAG). Aufgrund der Verschiebung der Marktanteile wird deshalb mittlerweile von den großen fünf Stromerzeugern gesprochen: RWE, E.ON/Uniper, EnBW, Vattenfall und LEAG.[3] In den letzten Jahren haben sich dadurch LEAG (16 %) als zweitgrößter und Vattenfall (6,6 %) als fünftgrößter Energieerzeuger Deutschlands positioniert[4].

Der Konzern hat bereits deutlich gemacht, dass er sein mit Abstand größtes Steinkohlekraftwerk in Hamburg-Moorburg „bis zur letzten Phase am Laufen halten will“. Notfalls würden sie das Kraftwerk auf Biomasse umrüsten[5]. Der schwedische Konzern spekuliert selbstverständlich bereits auf weitere Entschädigungszahlungen der Bundesrepublik zur Abschaltung der Kraftwerke. Das älteste Kraftwerk Hamburgs in Wedel sollte bereits 2013 vom Netz gehen und soll nach derzeitiger Planung erst 2025 vom Netz gehen, während Tiefstack, 5 Jahre verspätet, 2030 auf Gas umgestellt werden soll. Die Kraftwerke Wedel und Tiefstack gehen aufgrund eines positiven Volksentscheids von 2013, „Unser Hamburg – Unser Netz“, mit den Energienetzen und der Fernwärmeversorgung 2019 in städtische Hand über.

Laut der NGO Urgewald ist Vattenfall den anderen großen Energieversorgen bei den Steinkohleimporten in puncto Transparenz einen Schritt voraus. Das Unternehmen nennt demnach als Einziges seine Direktlieferanten, wenn auch akkumuliert für drei Jahre[6]. In früheren Jahren bezog sich Vattenfall – wie allen anderen auch – in der Regel auf die „Bettercoal"-Initiative[7, 8].

2018 hat Vattenfall eine Aufschlüsselung der Steinkohleimporte 2017 nach Herkunftsländern und den direkten Zulieferern zwischen 2015-2017 bekanntgegeben[8]:

Herkunft der Steinkohle Vattenfall 2018



Quelle: Vattenfall - Geschäftsbericht (2018)

Direkte Zulieferer / 2015-2017

Anglo American (Südafrika)
Cerrejon (Kolumbien)
Glencore (Kolumbien, Südafrika)
Kaproben (Russland)
Kuzbassrazrezugol (Russland)

Murray Energy (USA)
Peabody (USA)
Polska Grupa Górnicza (Polen)
SDS Ugol (Russland)
SUEK (Russland)

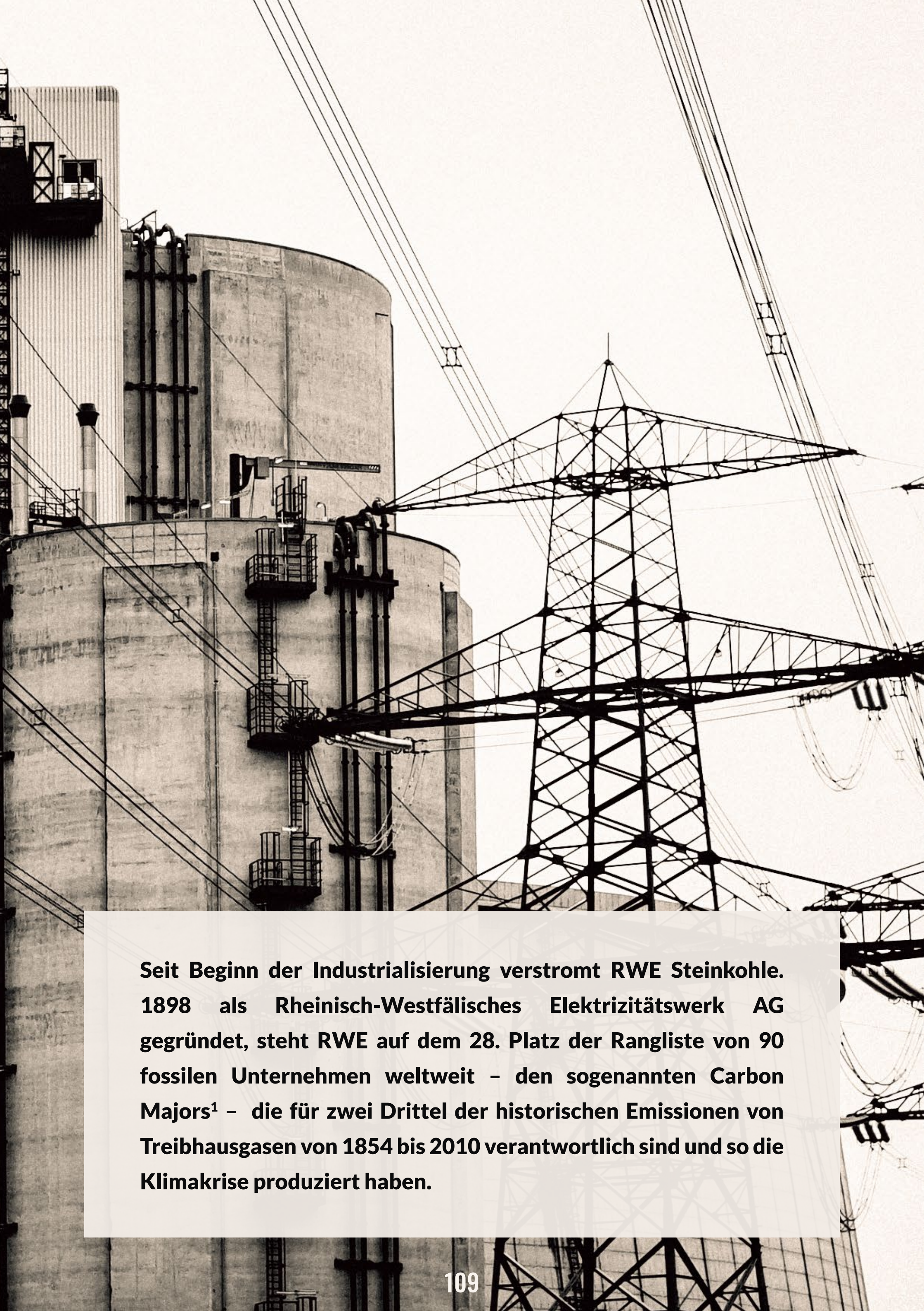
Wir lassen uns nicht für dumm verkaufen

Seit 2018 wirbt Vattenfall damit, innerhalb einer Generation aus fossilen Brennstoffen auszusteigen - und damit als eines der größten Energieunternehmen Europas – mit gutem Beispiel voranzugehen. Angeblich setzen sie alles daran um die Erderwärmung auf weniger als 1,5 Grad zu reduzieren. Mit ihren Werbesprüchen versucht der Konzern offen gestanden uns Menschen für dumm zu verkaufen. Konkret will Vattenfall nach eigener Aussage irgendwann zwischen 2030 und 2060 aus den fossilen Energien aussteigen. Damit leitet Vattenfall keinerlei Klimaschutzmaßnahmen ein, sondern hält sich alle Optionen offen, noch möglichst lange Kohle in Deutschland zu verfeuern.

Während für die Tagebaue und deren Erweiterungen in den Abbauländern, aus denen Vattenfall ihre Steinkohle bezieht, Menschen zwangsumgesiedelt, vertrieben und ermordet werden und ihr „Zuhause“ in Hunderte Meter tiefe Löcher verwandelt wird, wirbt Vattenfall zeitgleich in Deutschland mit Werbesprüchen wie „weil Zuhause einfach das Wichtigste ist“ oder „Kinder sollen sich nicht um den Klimawandel sorgen“[9].

6.4 RWE





Seit Beginn der Industrialisierung verstromt RWE Steinkohle. 1898 als Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG gegründet, steht RWE auf dem 28. Platz der Rangliste von 90 fossilen Unternehmen weltweit – den sogenannten Carbon Majors[1] – die für zwei Drittel der historischen Emissionen von Treibhausgasen von 1854 bis 2010 verantwortlich sind und so die Klimakrise produziert haben.

Der größte CO_2-Emittent Europas

Heute ist der Konzern nicht nur Betreiber des größten Braunkohletagebaus Europas – dem Hambacher Tagebau – ‚sondern produziert seit Jahren das meiste CO_2 unter den Kohlekonzernen Europas. Kohle bleibt weiterhin RWEs wichtigste Energiequelle. Neuerdings will sich der Konzern jedoch nach jahrelanger Sabotage der Energiewende mit seiner Tochterfirma Innogy ein grünes Image zulegen und droht, nach einem Tausch verschiedener Geschäftsfelder mit dem ehemaligen Konkurrenten und Atomkonzern E.ON, zu einem der führenden Produzenten von Strom aus erneuerbaren Energien weltweit zu werden[2]. Dieser Behauptung widerspricht die Tatsache, dass RWE 2017 51 % seines Stroms aus Kohle produziert hat[3]. Nicht zu vergessen, dass der Staat die Folgekosten der Atomkraft trägt, mit der RWE jahrzehntelang satte Profite gemacht hat.

Als Betreiber von 18 GW installierter Kohlekapazität, darunter drei der fünf CO_2-intensivsten Kohlekraftwerke Europas, wollte RWE bis vor Kurzem sogar noch ein weiteres Braunkohle-Kraftwerk bauen (Kraftwerk Niederaußem) – dem Konzern zufolge „das modernste und umweltfreundlichste Braunkohlekraftwerk des Rheinischen Reviers“. Ende 2018 wurden diese Bemühungen vorläufig durch das Oberverwaltungsgericht Münster auf Eis gelegt und im April 2019 hat RWE selbst das Kraftwerksprojekt endgültig eingestellt[4].

Kohle-Lobbyisten in Brüssel

Auf bundespolitischer und EU-Ebene stemmt RWE sich seit Jahren gegen jegliche klimapolitischen Regulierungen als Mitglied der Handelsvereinigung „Deutscher Braunkohle Verein“ (DEBRIV) und der europäischen fossilen Lobbyverbände „Eurelectric“, „Euracoal“ und „Eurogas“ (u.a.). 3 Vollzeit- und 8 Teilzeit-Lobbyist*innen arbeiten für RWE in der Brüsseler EU-Repräsentanz gegen den Kohleausstieg und andere Regulierungen, die den Fossilen schaden könnten. Alleine im Jahr 2017 hatten RWE-Lobbyist*innen mindestens 22 Treffen mit Mitgliedern der Europäischen Kommission[5]. In 2015 gab RWE 2 Mio. Euro für Lobbyaktivitäten in Brüssel aus, und RWE erhielt etwa 1,3 Mio. Euro an Forschungs- und Entwicklungsgeldern aus Geldtöpfen der EU[6]. In 2010 erhielt der Konzern von Umweltorganisationen den „Worst EU Lobbying award” für seine Kampagne gegen die Gesetzgebung zur Reduzierung von Industrieschadstoffen und CO_2-Emissionen[7].

Auch bundes- und landespolitisch sowie in der Kommunalpolitik hat RWE politisches Gewicht – immer wieder kommen Politiker*innen, die in sogenannten Beiräten von RWE beschäftigt waren und bezahlt wurden oder als Abgeordnete hohe Nebeneinkünfte als Angestellte von RWE verdienen, in die Schlagzeilen. 2004 wurde enthüllt, dass RWE in diesen Beiräten über 100 Lokalpolitiker*innen mit 600.000 Euro im Jahr bezahlte[8]. Der CDU-Politiker Gregor Golland, seit 2010 Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen, erhält 90.000 bis 120.000 Euro im Jahr, für seine Teilzeitbeschäftigung von RWE, die er zusätzlich zu seinen Diäten als Abgeordneter verdient[9].

Energieerzeugung

In Deutschland produzierte der Konzern im Jahr 2018 13 Mrd. kWh Strom aus Steinkohle sowie 0,5 Mrd. kWh in Großbritannien und 13,9 Mrd. kWh in den Niederlanden und Belgien. Dies sind insgesamt 27,4 Mrd. kWh Steinkohlestrom, zusätzlich zu den 67,2 Mrd. kWh Braunkohlestrom und 21,8 Mrd. kWh Atomstrom. Nur 9,9 Mrd. kWh wurden aus erneuerbaren Quellen gewonnen[10].

Steinkohlekraftwerke RWE

in Deutschland

Kraftwerk	CO_2-Emissionen 2017 [t/a]	Leistung [MW]
Ibbenbüren	2.540.000	794
Westfalen	2.710.000	764
Gersteinwerk	1.730.000	614
	6.980.000	**2172**

In Südwales betreibt der Konzern das Steinkohle-Kraftwerk Aberthaw, im Süden der Niederlande das Steinkohle-Kraftwerk Amer sowie Eemshaven im Norden des Landes. 2016 wurde die britische Regierung vom Europäischen Gerichtshof für wiederholte Überschreitung des Stickstoffoxid-Grenzwertes verklagt. 2008 und 2011 waren die Werte mehr als doppelt so hoch wie erlaubt, entschied der Gerichtshof.





Steinkohle-Importe

Woher genau RWE seine Steinkohle bezieht, ist ein gut gehütetes Geheimnis des Konzerns. Eigenen Angaben zufolge kamen 2017 etwa 44 % der verbrannten Steinkohle aus Russland, 13,8 % aus den USA, 8,6 % aus Kolumbien und 7,5 % aus Südafrika[11].

"Ehemalige Paramilitärs haben ausgesagt, dass die RWE-Lieferanten Drummond und Prodeco in Kolumbien über viele Jahre Todesschwadronen finanziert und logistisch unterstützt haben. Diesen werden über 3.100 Morde und die Vertreibung von über 59.000 Menschen zur Last gelegt. Obwohl RWE diese Vorwürfe seit vielen Jahren bekannt sind, stellt der Konzern diese Geschäftsbeziehungen nicht infrage.

kritisiert die Menschenrechtsorganisation Urgewald[12]

Herkunft der Steinkohle RWE 2018

Quelle: RWE - Corporate Responsibility Bericht (2018)

Wem gehört RWE?

Lange Zeit haben Kommunen, Städten und Landschaftsverbände ca. 25% aller RWE-Aktien besessen. Dieser Anteil hat sich in den letzten Jahren auf ca. 12% verringert[13]. 15% liegen derzeit in privater Hand und der von Belegschafts-Aktionären, und etwa 60% gehören institutionellen Anlegern. Dazu gehören die amerikanische Investitionsfirma BlackRock (etwa 5%), sowie Mondrian Investment Partners (etwa 3%)[14]. Die Verflechtungen mit kommunalen Mandatsträgern sowie die finanziellen Einnahmen für die Haushalte von kommunalen AnteilseignerI*innen durch die Aktiendividenden gibt dem Konzern einen großen Einfluss in der Region.

Viele der Städte und Kommunen stehen jedoch unter dem Druck durch die Divestment-Kampagne „Raus aus RWE" von Fossil Free und Greenpeace[15] – die Stadt Bochum zum Beispiel hat im Oktober 2016 angefangen ihre 6,6 Mio. RWE-Aktien zu verkaufen[16]. Der Gesamtumsatz (Außenumsatz) des Konzerns betrug 2018 über 13 Mrd. Euro[17]. Der im Oktober 2018 verkündete Rodungsstopp des Hambacher Waldes ließ den RWE Aktienkurs einbrechen. Nach eigenen Angaben belief sich der „wirtschaftliche Schaden" im Jahr 2019 auf einen „niedrigen dreistelligen Millionenbetrag"[18].

6.5 GROSSKRAFTWERK MANNHEIM

Es gibt kein Steinkohlekraftwerk in Deutschland mit höheren CO_2-Emissionen als das "Grosskraftwerk Mannheim" (GKM): 6,86 Mio. t CO_2 wurden 2017 laut europäischem Schadstoffregister[1] in die Luft abgelassen.

Die Anteilseignerinnen am Unternehmen GKM sind RWE Generation SE (40%), EnBW Energie BW (32%) und MVV RHE GmbH(28%)[2]. Diese nehmen den Kohlestrom und die Kohlewärme ab und zahlen nicht für die 281 bis 383 Mio. Euro Gesundheits- und Umweltfolgekosten[3], die laut Europäischer Umweltagentur jährlich durch den Schadstoffausstoß des Kraftwerkes entstehen.

Die Anteilseignerinnen nutzen die produzierte Energie des GKM, ohne für die (Folge)Kosten der abgebauten Steinkohle in den Herkunftsländern aufzukommen. Dabei sind es die Menschen in den Abbaugebieten, die unter den Abbaufolgen der Steinkohle und den Menschenrechtsverstößen leiden. Derweil weiß das Unternehmen nicht, aus welchen Herkunftsländern die eingesetzte Steinkohle konkret stammt. Firmenvertreter antworteten auf der Aktionärsversammlung der MVV im März 2019 auf die Nachfrage mit der unbestimmten Angabe, dass die im GKM verbrannte Steinkohle aus der russischen Föderation, den USA und aus Südafrika stamme. Sie konnten nicht ausschließen, dass auch Steinkohle aus Kolumbien im GKM verbrannt wird – ein Rundumschlag, der die Herkunft verschleiert und die Abbaubedingungen der eingesetzten Kohle unsichtbar macht.



Kohle ohne Verantwortung

Das GKM kann laut eigener Aussage aufgrund der Vermischung der Steinkohle in den europäischen Häfen nicht feststellen, woher der zu verbrennende Rohstoff stammt. Dadurch entzieht sich das Unternehmen GKM der Pflicht, Verantwortung für die eigene Lieferkette zu übernehmen. Nach eigenen Angaben arbeitet GKM mit Unternehmen zusammen, die sich verpflichten, nationale Standards bei der Steinkohleförderung einzuhalten. Damit entspricht GKM zwar den unzureichenden gesetzlichen Sorgfaltspflichten, kann aber nicht ausschließen, dass der Steinkohleabbau zu Menschenrechtsverletzungen und ökologischen Folgeschäden führt. GKM-Mitarbeiter*innen besuchten 2017 einen Tagebau in Russland zwar persönlich, ohne jedoch die eigene Lieferkette zu kennen.Auf diese Weise ist es unmöglich die ökologischen und sozialen Folgen für die Menschen in den Abbaugebieten abzuschätzen und Verantwortung für die eingekaufte Steinkohle zu übernehmen.

Statt wirklicher Verantwortungsübernahme für die eigene Lieferkette in Zeiten globaler Klimaungerechtigkeit werden Investitionen in fossile Infrastruktur getätigt. So eröffnete das GKM den neuen Block 9 im Jahr 2015, um auf 2,146 GW installierter elektrischer Leistung zu wachsen[4]. Seitdem werden pro Tag bei Volllast 12.000 t Steinkohle verbrannt[5], das sind 72 kg pro Sekunde oder eine Lkw-Ladung alle 2 Minuten.[6]

Kohlelieferung

Um diese immensen Mengen an Kohle bereitzustellen, wurde im Jahr 2018 eine Schiffstransportgesellschaft mit der Reederei Gebrüder de Korte gegründet - zusätzlich zum täglich einrollenden Kohlezug[6]. Diese bringt die Steinkohle aus den ARA-Häfen (Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen) über den Rhein nach Mannheim. Im Kohlehafen von Mannheim wurden 2018 1.308 Mio. t aus Rotterdam, 7,18 Mio. t aus Amsterdam und 67,7 Mio. t Steinkohle aus Antwerpen umgeschlagen[7]. Es ist davon auszugehen, dass diese 1.382 Mio. t Steinkohle vorwiegend in dem GKM und in den Kraftwerken der EnBW verfeuert wurden.

Zusätzlich denkt die Leitung des GKM - unterstützt durch den grünen BaWü-Umweltminister Untersteller – über eine Umrüstung der alten Kraftwerksblöcke auf Gas oder einen Neubau von Gaskraftwerken am gleichen Standort nach[8], statt in Zeiten der Klimakrise erneuerbare Energien auszubauen.

Kohlewärme und Bahnstrom

Die fossile Infrastruktur des GKM dehnt sich mit einem Fernwärmenetz weit über die Region und über die großen Städte aus: 60 % der Haushalte in Mannheim und 30 % derer in Heidelberg werden aus dem Kraftwerk mit Kohlewärme beliefert – nach eigenen Angabensind dies 120.000 private Haushalte[9].

Auch der öffentliche Nah- und Fernverkehr ist abhängig von der Steinkohle: Das GKM versorgt die Netzbetreiberin der Deutschen Bahn, die „DB Energie GmbH“, mit 15 % des Gesamt-Bahnstroms in der BRD[10]. Das Kraftwerk wird von der Bundesnetzagentur u.a. aufgrund dieser Verstrickungen als „systemrelevant“ eingestuft[11]. Aufgrund des vergleichsweise effizienten Kraftwerksblocks 9 gehört das GKM zu den Kraftwerken, die in der Abschaltreihenfolge der Kohlekraftwerke für den Kohleausstieg zuletzt abgeschaltet werden sollen. Das Kraftwerk wird über die Förderung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes zudem jährlich mit einem nicht näher bezifferten Kontingent an kostenlosen Emissionsrechten versorgt.

Die Arbeitsplätze nehmen im Kraftwerk stetig ab von 1600 in den 1990er-Jahren auf 545 im Jahr 2017[12]. Die Prozesse von Transport, Verfeuerung, Strom- und Wärmeerzeugung, Rauchgasentschwefelung, -entstickung und -entstaubung sowie Abkühlung sind so weit automatisiert, dass der Einsatz von Arbeitskräften minimiert wird. Drittfirmen verwerten Abfallprodukte der Steinkohleverbrennung, wie Gips, Ammoniumnitrat und Flugasche, und transportieren diese in Lkw ab. Unverwertbare und toxische Abfallprodukte, wie in 2017 122 kg Quecksilber, 2890 t Stickstoffoxide (NOx), 2430 t Schwefeldioxid, 90,6 t Feinstaub sowie 18,5 t Salzsäure und 86 kg Arsen, werden[13] in die Mannheimer Luft geblasen.



6.5 Grosskraftwerk Mannheim

6.6 KOHLEKRAFTWERKE IN KOMMUNALER HAND

Immer mehr Stadtwerke, die bisher Kohlekraftwerke betrieben haben oder an diesen beteiligt waren, haben sich für die Abschaltung der Klimakiller entschieden. Hier ein paar Beispiele[1]:

Stadtwerke München

In München gab es im November 2017 ein Bürgerbegehren, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger für die Abschaltung des Steinkohle-Kraftwerkes in München-Unterföhring bis 2022 entschieden.

Stadtwerke Erlangen

Nach dem Bürgerbegehren in München im November 2017 zogen die Erlangener nach und beschlossen die Umrüstung ihres Heizkraftwerkes von Steinkohle auf Gas bis 2021.

BS Energy

Das Braunschweiger Kohle-Heizkraftwerk, an dem die Stadt eine Minderheitsbeteiligung hält, soll spätestens 2022 vom Netz, wurde im Juni 2018 beschlossen. Der Energieversorger BS Energy prüft den Ersatz durch Altholz und Industrie-Abwärme.

Stadtwerke Cottbus

Das Stadtparlament von Cottbus beschloss die Abschaltung des städtischen Braunkohlekraftwerks bis 2022.

Stadtwerke Wuppertal

Das Kohlekraftwerk Wuppertal-Elberfeld wurde im Juli 2018 stillgelegt.

Stadtwerke Frankfurt an der Oder

Die Stadtwerke beschlossen im August 2018 den Kohleausstieg bis 2022. Damit verzichten nun sämtliche kommunalen Versorgungsunternehmen in Brandenburg auf Kohle.

Stadtwerke Pforzheim

Die Stadtwerke entschieden im September 2018, ihr Kohlekraftwerk Anfang 2022 abzuschalten.

Stadtwerke Flensburg

Die Stadtwerke kündigten im November 2018 die Senkung des Kohleanteils bei der Strom- und Wärmeversorgung von 70 % auf 20 % bis 2023 an. Dafür soll 2022 ein neues Gaskraftwerk ans Netz gehen und zwei Kohlekessel ersetzen.

Aber es gibt auch nach wie vor Stadtwerke, die an ihren Kohlekraftwerken festhalten.

Stadtwerke, die noch Kohlekraftwerke betreiben

mit mehr als 100 MW

Unternehmen	Kraftwerk	CO_2-Emissionen 2017 in [t/a]	Leistung [MW]
enercity AG	Hannover	1.590.000	272
SW Kiel	Kiel	1.120.000	323
Mainova AG	Frankfurt am Main	930.000	162
SW Bremen	Bremen, Hafen	1.510.000	303
SW Bremen	Hastedt	717.000	119
SW München	München	2.380.000	333

steinkohlekraftwerke in kommunaler hand

FLENSBURG

KIEL
2019

ROSTOCK

BREMEN

HANNOVER

BRAUNSCHWEIG
2022

VELTHEIM
2012

DUISBURG
2018

WERDOHL-ELVERLINGSEN
2018

WUPPERTAL
2018

FRANKFURT

ERLANGEN
2021

ENSDORF
2018

PFORZHEIM
2022

MÜNCHEN
2022

 KRAFTWERKE IN KOMMUNALER HAND (>100MW)

 BESCHLOSSENE STILLLEGUNGEN

 STILLGELEGTE KRAFTWERKE

Quellen: Bundesnetzagentur (2019)
Handbuch „Klimawende von unten“ (2019)

Klimawende von unten

Wenn ein mehrheitlich kommunaler Energieversorger ein Kohlekraftwerk betreibt, kann der Stadtrat per Bürgerbegehren verpflichtet werden, seinen Einfluss auf dessen Unternehmenspolitik für den Kohleausstieg zu nutzen. An welchen Standorten sich das lohnt, wird in der Broschüre Klimawende von unten beschrieben[1].

Ein Bürgerbegehren ist bei den Stadtwerken von Kaiserslautern und Flensburg besonders einfach, weil diese zu 100 % in kommunaler Hand sind und die Stadtwerke jeweils eine GmbH sind. Per Weisung kann hier die Geschäftsführung aufgefordert werden, das Kohlekraftwerk abzuschalten.

Wenn die Stadt über mindestens drei Viertel der Stimmen in der Gesellschafterversammlung (GmbH) oder über mindestens drei Viertel des bei der Beschlussfassung anwesenden Grundkapitals (AG) verfügt, können wir per Bürgerbegehren über eine Satzungsänderung den Unternehmensgegenstand anpassen. Diese Vorgehensweise ließe sich – wenn es keine dem entgegenstehende Regelungen in den Gesellschaftsverträgen gibt – bei den Kohlekraftwerken in Frankfurt, Köln, Hannover und Kassel anwenden.

Einige Kommunen besitzen zwar keine Kohlekraftwerke, haben aber Fernwärme-Lieferverträge mit Kohlekraftwerken privater Betreiber. Wenn die Fernwärmenetze in städtischer Hand sind, gibt es die Möglichkeit, per Bürgerbegehren zu entscheiden, dass künftig keine Kohlewärme mehr durch sie geleitet werden soll.
Die Volksinitiative „Tschüss Kohle“ in Hamburg hat das vorge-

macht. Nach erfolgreicher Unterschriftensammlung hat die Initiative erreicht, dass Hamburg ein Kohleausstiegsgesetz beschlossen hat. Ab spätestens 2030 ist die Hamburger Wärmeversorgung kohlefrei. Und die CO_2-Schleuder Moorburg darf gar nicht erst ins Wärmenetz einspeisen – was bewirken könnte, dass dieser Klimakiller bald unrentabel wird.

Die Stadtwerke Leipzig haben – nach Druck von der Initiative „Leipzig steigt aus" – den Fernwärme-Liefervertrag mit dem Kohlekraftwerk Lippendorf gekündigt. Dadurch gerät das Kraftwerk weiter in Bedrängnis. Im Juni 2019 wurde einer der beiden Blöcke bereits wegen mangelnder Wirtschaftlichkeit vom Netz genommen. Nun ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis auch beim zweiten Block der Kohlekessel kalt bleibt.



In welchen Städten noch die Möglichkeit besteht, mit direkter Demokratie für den Ausstieg aus der Kohle-Fernwärme zu sorgen, steht in der Broschüre „Klimawende von unten"[2].



6.7 **KRANK DURCH KOHLE** GESUNDHEITLICHE FOLGEN DER KOHLEVERBRENNUNG

Während die Klimaschäden durch Kohle mittlerweile ins breite Bewusstsein gelangt sind, werden die gesundheitlichen Gefahren von Kohlekraftwerken bisher kaum thematisiert. Dabei sind diese für Mensch und Umwelt nicht zu unterschätzen!



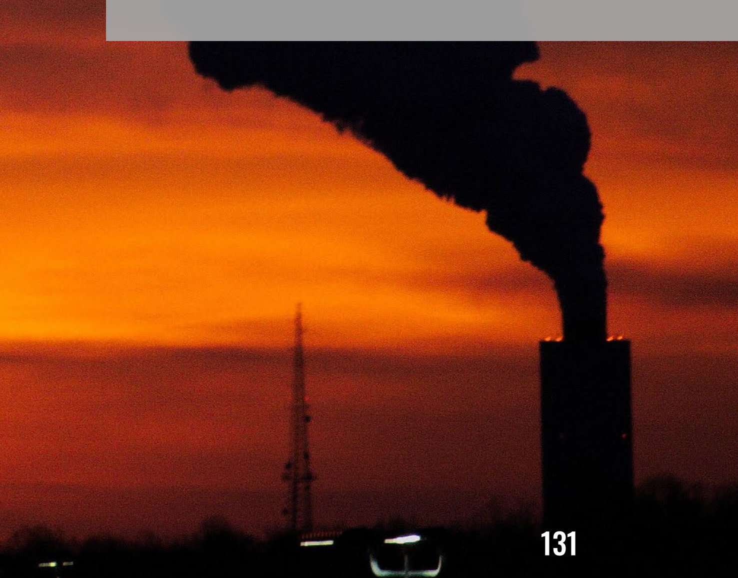
Gesundheitsschädliche Emissionen

Bei den Verbrennungsprozessen der Braun- und Steinkohlewerke entweicht, trotz Filtertechnik, eine ganze Reihe gesundheitsgefährdender Schadstoffe. Zu nennen sind hier z.B. Feinstaub, Schwefeldioxid, Stickoxide, Kohlenmonoxid, Distickoxid, Quecksilber, Blei, Nickel, Kupfer, Arsen und organische Verbindungen. Diese werden als feste bzw. tröpfchenartigen Schwebstoffe direkt freigesetzt oder entstehen durch chemische Reaktionen in der Atmosphäre. Vom Menschen über die Luft oder das Wasser aufgenommen, können sie zahlreiche Krankheiten auslösen oder intensivieren[1]. Je kleiner die Schwebstoffe sind, desto tiefer können sie über die Lungen in die menschlichen Körper vordringen und dort umso größeren Schaden anrichten[2].

Auswirkungen auf den Menschen

In erster Linie handelt es sich dabei um Atemwegserkrankungen wie Asthma oder Lungenentzündungen. Auch diverse Herz-Kreislauf-Erkrankungen bis hin zum Schlaganfall werden durch die ausgestoßene Schadstoffe begünstigt. Darüber hinaus kann es zu Diabetes, Allergien, Veränderungen des Blutes und des Gehirns sowie zu Tumorleiden kommen. Hohe Quecksilberbelastungen können darüber hinaus die geistige Entwicklung von Embryos bzw. Kleinkindern vermindern[1].

Bereits in den 1990er-Jahren wurde der direkte Zusammenhang zwischen einem höheren Anteil von Feinstäuben in der Atemluft und einer erhöhten Gesamtzusatzsterblichkeit nachgewiesen. Wie hoch dabei die Zahl der Todesfälle durch die genannten Erkrankungen ist, lässt sich nicht genau belegen, zumal auf keinem Totenschein als Ursache „Luftverschmutzung“ steht. Verschiedene Studien deuten jedoch darauf hin, dass es sich in Deutschland jährlich um eine vierstellige Zahl handeln muss. Eine Greenpeace-Studie[3] aus dem Jahr 2013 geht von 3.100 frühzeitigen Todesfällen in Europa aus, die durch deutsche Kohlekraftwerke verursacht wurden. Andere Studien gehen von knapp 2000 bis über 3500 frühzeitigen Todesfällen pro Jahr alleine in Deutschland aus. In einem Artikel im Ärzteblatt führt Autor Winfried Zacher[1] aus, dass „in der EU […] jeder Erwachsene aufgrund von Feinstaubbelastungen allein aus Kohlekraftwerken im Durchschnitt 0,5 Jahre früher als erwartet“ stirbt. Die meisten Todesfälle, bei denen Menschen durch diese Feinstäube vorzeitig sterben, lassen sich auf kardiovaskuläre Erkrankungen zurückführen – danach folgen Atemwegerkrankungen als zweit häufigste Todesursache.



Die Annahme, je weiter Menschen von Kohlekraftwerken entfernt leben, desto geringer sei für sie das Gesundheitsrisiko, ist ein Trugschluss. Bedingt durch hohe Schornsteine, Wetterlage und ihrem Temperaturzustand sinken viele der emittierten Schadstoffe erst in einem Umkreis von gut 150 km wieder in tiefere Luftschichten ab. Selbst in einer Entfernung von 1000 km vom Ursprungsort lassen sich entsprechende Partikel nachweisen[4,1]. Da in Deutschland nach wie vor über 100 Kohlekraftwerke betrieben werden, die sich über das ganze Land verteilen, dürfte jeder Ort in Deutschland ungefähr 150 km von einem Kohlekraftwerk entfernt liegen. Folglich wird die gesamte Bevölkerung durch diese Verschmutzung belastet. Die Emissionen machen an den Grenzen natürlich nicht halt. Deshalb landen die in Deutschland erzeugten Feinstäube nicht nur in Deutschland, sondern auch in unseren Nachbarländern. Gleiches gilt natürlich auch in umgekehrter Reihenfolge.

Auf Kosten der Gesundheit

Die Dramatik, einen Schlaganfall zu erleiden, einen Angehörigen frühzeitig zu verlieren oder Asthma beim eigen Kind festzustellen, lässt sich nicht in Geld bewerten. Anders bei den Krankenhauseinweisungen, Behandlungen chronischer Krankheiten und die Krankheitstage, die auf die Emissionen von Kohlekraftwerken zurückzuführen sind. Durch sie entstehen - je nach Studie – 40 bis 60 Mrd. € Mehrkosten für die Gesundheitssysteme. „Für keine andere Energiequelle zahlen wir einen so ho-

hen Preis an externen Gesundheitskosten wie bei Kohle. Die Kosten für die Reduzierung von Treibhausgasemissionen lassen sich zum Teil durch damit einhergehende sinkende Gesundheitskosten finanzieren“, bemerkt Paul Wilkinson, Professor an der London School of Hygiene and Tropical Medicine (LSHTM)[5]. Während die Kraftwerksbetreiber enorme Profite mit der Verbrennung von Kohle machen, werden diese volkswirtschaftlichen Kosten von der Allgemeinheit getragen.

Grenzwerte, die nicht weh tun

Studien zu den Gesundheitsgefahren durch Kohle versuchen deutsche Kraftwerksbetreiber regelmäßig als einseitige Angstmacherei zu diskreditieren. Dabei verweisen sie gerne auf die angeblich ach so strengen Grenzwerte und sprechen von „modernster Umweltschutztechnik“ in ihren Kraftwerken. Wie scheinheilig diese Argumentation ist, wird deutlich, wenn man sieht, wie sich die gleichen Unternehmen in den letzten Jahren mithilfe der Bundesregierung gegen eine Erhöhung der Grenzwerte eingesetzt haben.

Gegen den ausdrücklichen Willen der Bundesregierung und anderer Braunkohleländer stimmten im Juli 2017 20 der 28 EU-Staaten für strengere Grenzwerte. Damit gelten ab 2021 für 2900 Großkraftwerke neue Grenzwerte für Staub-, Schwefel-, Stickstoffoxid- und Quecksilber-Emissionen. Im Gegensatz zu den z.B. bis heute festgelegten 200 mg/m³ Stickoxide bei Braunkohlekraftwerken sind dann „nur noch“ 175 mg/m³ gestattet.

Ein Wert, der immer noch deutlich über dem aktuell technisch Möglichen liegt und auch die 117 mg/m³ überschreitet, die aktuell in den USA vorgeschrieben sind. Auch für Steinkohlekraftwerke wird es neue Grenzwerte geben, die die schon jetzt häufig kaum vorhandene Wirtschaftlichkeit der Kraftwerke weiter infrage stellen wird.erhöhen. Laut Gesetzeslage hätte die Bundesregierung schon bis August 2018 eine entsprechende Immissionsschutzverordnung umsetzen müssen. Geschehen ist nichts. Stattdessen haben mehrere EU-Mitgliedstaaten, deutsche Landesregierungen und Unternehmen Klagen eingereicht, weil sie diese Grenzwerte für „fehlerhaft", sprich, für zu weitgehend halten[6].

Wie bei den Folgen des Kohleabbaus und den Klimaschäden durch die Kohleverbrennung zeigt sich auch bei den direkten Gesundheitsgefahren der Kohlekraftwerke die unglaubliche Rücksichtslosigkeit des Systems Kohle. Kohlekraftwerksbetreiber setzen die Bevölkerung wissentlich dem Risiko von Krankheit und Tod aus – und unterlassen zur Maximierung ihres Profits sogar das technisch Mögliche, um finanzielle Einbußen zu minimieren. Auch hier gilt: Die Kohleindustrie geht für ihr Geschäft über Leichen – es wird Zeit, dass wir dem einen Riegel vorschieben!



6.7 **Krank durch Kohle**

Fossile Pläne

Die Empfehlungen der Kohlekommission an die Bundesregierung für einen Kohleausstieg bis 2038[1] widersprechen dem Pariser Klima-Abkommen[2]. Das verbleibende Emissionsbugdet für Deutschlands Kohlewirtschaft, das aus dem Pariser Klimaziel abgeleitet werden kann, um die globale Erwärmung des Klimas im Durchschnitt auf deutlich unter 2°C, möglichst auf 1,5°C zu begrenzen[3], wird mit dieser Planung deutlich überschritten. Ein Budget bedeutet: Die Staaten verfügen nur noch über eine begrenzte freie Menge an Emissionen von Treibhausgasen für die kommenden Jahrzehnte, um die Klimakatastrophe zu verhindern.



Bestandsgarantien für Kohleblöcke

Vor allem für Stein- und Braunkohlekraftwerke, die nach 2000 gebaut wurden, gleichen die Vorschläge der Kohlekommission für die Bundesregierung einer Bestandgarantie von bis zu 20 Jahren. Diese Empfehlungen sollen die Energieversorgung Deutschlands mit einer fossilen Kraftwerksflotte absichern. Für den Ersatz der älteren Kohlekraftwerke, die abgeschaltet werden, empfiehlt die Kohlekommission neben dem Einsatz von erneuerbaren Energien insbesondere an bestehenden Kraftwerks-Standorten den Neubau von Gaskraftwerken[4] als notwendige Ergänzung im Namen der „Versorgungssicherheit“ Deutschlands. Dies soll durch attraktive Ausgestaltung des Investitionsrahmens, die Beschleunigung der Genehmigungsprozesse von Gaskraftwerken, sowie die Weiterentwicklung und Förderung der Umstellung der Wärmeproduktion in Kohle- auf Gaskraftwerke oder andere Brennstoffe im Rahmen des Kraft-Wärme-Kopplungs Gesetz geschehen[5].

Liquefied Natural Gas (LNG)

Flüssigerdgas ist Erdgas, welches durch Abkühlung auf −161 bis −164° Celsius verflüssigt ist.

Gas - kein bisschen besser

Immer wieder wird Gas als klimafreundlichster fossiler Energieträger und idealer Partner der erneuerbaren Energien bezeichnet – nicht nur von der Gasindustrie. Auch die Bundesregierung und manche Umweltverbände erliegen diesem Mythos. Während die CO_2-Emissionen von Erdgas deutlich niedriger sind als die der Kohle, werden die Methanemissionen, die bei der Förderung und dem Transport von Erdgas entstehen, in kaum einer Statistik berücksichtigt. Dabei ist Methan auf 20 Jahre gesehen 84-fach und auf 100 Jahre gerechnet 28-fach klimaschädlicher als CO_2[6] – und Erdgas besteht fast ausschließlich aus Methan. Dazu kommt, dass in dem Emissionsbudget für 1,5°C kein Platz für Gas bleibt. Selbst wenn die globale Kohleverbrennung über Nacht gestoppt würde, würden bereits erschlossene Öl- und Gasreserven die Welt über 1,5°C erwärmen[7].

Die nächste Zeitbombe

Die Multimilliarden-Euro-Gasinfrastruktur, die heute in Deutschland gebaut wird – neue Gaskraftwerke, die geplanten Flüssigerdgas-Terminals in Brunsbüttel, Wilhelmshaven und Stade oder die Northstream2-Gaspipeline – ist für den Betrieb über Jahrzehnte ausgelegt. Die Treibhausgasemissionen, die in und mit der geplanten Gasinfrastruktur während ihrer erwarteten wirtschaftlichen Nutzungsdauer produziert werden – der sogenannte Carbon Lock-In Effekt[8] – würden das

Pariser Emissionsbudget explodieren lassen[9]. Darum ist es von entscheidender Bedeutung den Bau neuer Gasinfrastruktur zu verhindern – oder es droht die Bankrotterklärung des Pariser Emissionsbudgets.

Fossile Konzerne sind keine Klimaschützer

Die Greenwashing-Offensive der Gasindustrie hat einen erheblichen Anteil an den politischen Ausbauplänen auf EU-Ebene und in Deutschland. Die politische Unterstützung für Gas ist das Ergebnis der institutionellen und informellen politischen Verstrickungen und von Strategien, welche die LobbyistInnen der fossilen Konzerne zur Sicherung ihrer Interessen im Rahmen des Klimapolitik eingesetzt haben[10]. 2014 trugen BP, Shell, Statoil, Total und Co. ihren Teil dazu bei, die Festlegung verbindlicher nationaler Ziele zum Ausbau der erneuerbaren Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz für die Zeit nach 2020 zu kippen[11]. Der Angriff auf den Einsatz erneuerbarer Energien zugunsten der Gasinfrastruktur zeigt, wie weit die Gasindustrie geht, um den Fluss von fossilem Gas auch in Zukunft zu sichern[12]. Eine wirkliche Energiewende, die den Ausbau dezentralisierter erneuerbarer Energieträger in lokalem Besitz in den Mittelpunkt stellt, und mit Extraktivismus, neokolonialem Raubbau und der Macht der Energiekonzerne bricht, ist mit Erdgas nicht zu erreichen.



6.9 BETTER COAL

BESSERE KOHLE?


Betrieb im Kohle-Seehafen in Hamburg



Bettercoal – gegründet von RWE, Eon, Vattenfall, Électricité de France, GDF Suez, ENEL und Dong Energy im Jahr 2012 – ist eine Initiative mehrerer europäischer Energiekonzerne, die sich eine globale, verantwortungsbewusste Steinkohlelieferkette zum vermeintlichen Ziel gesetzt und Richtlinien für die Bergbauunternehmen festgelegt hat[2].

Dass es dabei tatsächlich eher um andere Ziele geht als um Umwelt- und Arbeiter*innenschutz oder die Rechte von lokalen indigenen Bevölkerungsgruppen, lässt schon die Organisationsstruktur von Bettercoal vermuten: An der Spitze sitzt Frank Plümacher von Uniper SE. Das "Board of Directors" besteht ausschließlich aus Vertreter*innen des Energiesektors[3].

Es gibt zwar ein "Technical & Advisory Committee", das das oberste Gremium beraten und Empfehlungen aussprechen kann.



Allerdings lässt auch hier die Besetzung vermuten, dass Entscheidungen im Zweifel zugunsten der Industrie gefällt werden: Von den 16 Mitgliedern sind dauerhaft 2 Angestellte von Bettercoal vertreten und jeweils 4 Vertreter*innen der beteiligten Firmen (wie Vattenfall, RWE etc.) und der Steinkohlezulieferer. Damit gehören bereits 10 Mitglieder der Energieunternehmen dazu[4]. Die übrigen 6 Plätze, die sich theoretisch Expert*innen in Themen wie Umweltschutz, Menschenrechte sowie Repräsentant*innen der betroffenen Regionen teilen sollen, müssen vom Vorstand akzeptiert werden – was vermuten lässt, dass ausschließlich nicht allzu kritische Stimmen ausgewählt werden. Ein ausgewogenes Beratungskommittee sieht anders aus. Aber das ist, allem Anschein nach, auch gar nicht die Intention. Die Organisationen Urgewald und FIAN schreiben in ihrer gemeinsamen Broschüre Bitter Coal (2013): „'Bettercoal' ist lediglich ein Versuch der Branche, Forderungen nach echter Transparenz und Rechenschaftspflicht abzuwehren", „Greenwashing" für die Unternehmen also[5].

Dafür sprechen auch die vagen Formulierungen des „Bettercoal Kodex“, in dem es beispielsweise heißt: „Firmen werden Umgebungsbedingungen in Betracht ziehen und technisch und finanziell mögliche verschmutzungsvermeidende Prinzipien und Techniken anwenden“, „Firmen werden anstreben Einflüsse auf Biodiversität und das Ökosystem zu vermeiden“, „Firmen werden technisch und finanziell mögliche, kosteneffektive Maßnahmen einsetzen, um die Effizienz ihres Verbrauchs von Energie, Wasser, Land und anderer Ressourcen zu verbessern“[6]. Sich darum bemühen, Ressourcen zu schonen, aber bitte nur da, wo es Geld spart – das klingt alles nicht wirklich verbindlich.

Unverfängliches aus der englischen Selbstbeschreibung von Better Coal

Companies will consider ambient conditions and apply technically and financially feasible pollution prevention principles and techniques

Companies will seek to avoid impacts on biodiversity and ecosystem services

Companies will implement technically and financially feasible, cost-effective measures for improving efficiency in its consumption of energy, water, land, and other resources



Profiting from greenwashing and exploitation

Im Januar 2019 veröffentlichte Bettercoal die erste(!) Zusammenfassung ihrer Auswertungen der Bergbaufirmen seit der Gründung im Jahr 2012. Darin wurden drei der Unternehmen, Cerrejón Coal Company (Kolumbien), die Prodeco Group (ebenfalls Kolumbien) und die Siberian Business Union Coal (SDS) aus Russland, untersucht. Bereits 2014 hatten NGOs gefordert, dass Bettercoal die Beurteilungsprozesse, Ergebnisse und Konsequenzen endlich öffentlich macht[7].

Besonders weit geht diese Veröffentlichung allerdings nicht. In einer Stellungnahme mehrerer NGOs zu diesen Auswertungen wird u.a. kritisiert, dass die Einhaltung der Standards nicht unabhängig geprüft wird, bestimmte Probleme (z.B. eine geplante Flussumleitung) nicht erwähnt werden und dass die Unternehmen selbst bei Verstoß gegen die Richtlinien weder Sanktionen noch Wiedergutmachungen fürchten müssen. So kommen auch die NGOs zu dem Schluss, dass die Berichte allein dazu vorgesehen sind, das Image der Bergbauunternehmen zu schützen[8].





6.10 FINANZIERUNG

Die multinationalen Investoren der Finanzindustrie im dreckigen Kohlegeschäft sind in einem Geflecht aus Banken, Versicherer und Investoren verschachtelt und oft sehr schwer zu durchschauen.

Kohle für Kohle - Woher kommt das Geld der Steinkohleindustrie?

Ohne Kapitalgeber*innen können weder Tagebaue eröffnet noch Kohlekraftwerke gebaut werden. Welche Akteur*innen jedoch mit ihrem Geld die klimaschädlichen Projekte der Steinkohleindustrie ermöglichen, ist häufig sehr schwer zu durchschauen. Die Finanzierung des internationalen Steinkohlegeschäfts ist ein komplexes Geflecht aus Banken, Versicherern, Fonds, Unternehmen und staatlichen Institutionen.

Die größten Kohleinvestor*innen und Kreditgeber*innen in Europa sind u. a. der Staatliche Norwegische Pensionsfonds, Crédit Agricole, die Deutsche Bank, UniCredit, Santander und Barclays. Als Reaktion auf den zunehmenden öffentlichen Druck hat eine ganze Reihe von Banken, Versicherungen und Fonds in den letzten Jahren Kohle-Leitlinien erarbeitet. Diese schließen beispielsweise neue Kredite für Unternehmen aus, die den Großteil ihres Umsatzes mit Kohle machen, und sprechen sich gegen die Finanzierung von Tagebauerweiterungen aus. Konsequenzen folgen aus diesen Leitlinien selten. So investiert beispielsweise die französische Crédit Agricole noch immer über eine Milliarde Euro in die acht klimaschädlichsten europäischen Kohleunternehmen.


6.10 Finanzierung



Staatliche Finanzierung am Beispiel Deutschland

Auch der deutsche Staat beteiligt sich an der finanziellen Absicherung der Kohleindustrie. Wird beispielsweise ein neues Kohlekraftwerk in Südafrika gebaut, sind zahlreiche internationale Zulieferer daran beteiligt.1 Ihre Exporte werden von Bankenkonsortien über Exportkredite finanziert. Im Fall der deutschen Zulieferer ist in der Vergangenheit häufig auch die staatliche KfW-IPEX-Bank an diesen Exportkrediten beteiligt gewesen. Erst 2019 hat die KfW-Bank – zu welcher die IPEX-Bank gehört – die Finanzierung des Kohlesektors für sich ausgeschlossen. Viel zu spät! Die Kredite für ein noch im Bau befindliches Kraftwerk in Griechenland laufen aktuell weiter.

Über Exportkreditgarantien ist der deutsche Staat allerdings weiterhin am Wachstum der Kohleindustrie im Ausland beteiligt. So sichern beispielsweise Hermes-Bürgschaften die Auslandsgeschäfte deutscher Unternehmen und Banken finanziell gegen wirtschaftliche und politische Risiken ab. Sie werden von der Bundesregierung vergeben. Dabei sind enorme Summen im Spiel – alleine 2016 wurden Lieferungen für Kohlekraftwerke mit einem Volumen von 58 Millionen Euro in Deckung genommen. Auch zahlreiche Städte und Kommunen in Deutschland sind über Unternehmensanteile weiterhin am Kohlegeschäft beteiligt, weil sie zum Beispiel Anteile am Stromriesen RWE halten.

Teilweise sind global agierende Unternehmen wie RWE AG, STEAG GmbH, RAG Deutsche Steinkohle AG und EnBW auch direkt an Steinkohlekraftwerken im Ausland beteiligt. So betreibt und finanziert das deutsche, global agierende Energieunternehmen Uniper unter dem Namen Unipro Steinkohlekraftwerke in europäischen Ländern und Russland.

Divestment – raus aus der Kohlefinanzierung

Genau die Akteur*innen, welche Kohleunternehmen – und somit den Abbau, den Transport sowie die Verwendung der Steinkohle – durch Aktien, Anleihen und Kredite finanzieren, profitieren massiv von dem zerstörerischen Geschäft mit der Kohle. Sie sind damit mitverantwortlich für die Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen sowie die daraus entstandene Klimakrise. Gleichzeitig ist es ihnen lange Zeit gelungen, im Hintergrund zu bleiben. Immer mehr Organisationen und Gruppen sorgen jedoch mit ihren Divestment-Kampagnen dafür, dass sich dies ändert. Diese zielen darauf ab, durch zivil-gesellschaftlichen Druck Kapitalgeber*innen dazu zu bewegen, ihr Kapital und ihre Profitinteressen aus den Kohlemärkten zurückzuziehen.

Maßgeblich für die Aufklärungsarbeit und den Druck auf die Investor*innen in Deutschland, ist die Organisation „urgewald". Durch umfassende Recherche und Publikationen macht sie die Finanzierung der Umweltzerstörungen und Menschenrechtsverletzungen sichtbar, benennt Verantwortliche und setzt damit den Hebel für Divestment- Kampagnen an.[2] So hat die Organisation Kennzahlen zu 775 Unternehmen in der „Global Coal Exit List" zusammengefasst, um der Finanzindustrie klar aufzuzeigen, welche Firmen sie nicht mehr finanzieren sollte.[3] Ihre Publikationen eignen sich gut zur weiteren Recherche zu dem Thema.

Die Schlagkraft von Divestment-Kampagnen hat jedoch ihre Grenzen. Es ist fraglich, ob die Forderung nach Divestment angesichts der Klimakatastrophe schnell und radikal genug ist. Effekte stellen sich in der Regel nur sehr langsam ein. Jedoch: Ergänzend zu politischem Druck und Aktionen, die auf Entscheidungsträger und auf Unternehmen direkt abzielen, ist das Angehen der Kapitalgeber*innen ein weiterer Hebel, um die dreckigen Geschäfte der Kohle zu erschweren.

Die Versicherung von Steinkohle

Auch Versicherungen spielen eine wichtige und große Rolle im Finanzierungskonstrukt der Wertschöpfungskette rund um die Steinkohle. In der Debatte der Klimakrise gelten sie oft als „Retter", da sie finanzielle Schäden, die durch Extremwetter-Ereignisse entstehen, absichern. Doch vor allem sind sie auch eine wichtige Absicherung der finanziellen Risiken der Kohleunternehmen[1]. Der kapitalistischen Logik der Wertschöpfung und Gewinnerzielung im Versicherungsgeschäft folgend, ist die Investition in die Schaffung der abzusichernden Gefahr dabei effizienter Baustein des Systems. Um Druck auf Versicherungen ausüben zu können, ist das Aufzeigen der Rolle der Versicherungen zwingend notwendig, denn durch das Entziehen oder Verhindern der Versicherungsleistungen für Kohlefirmen können zukünftige und bestehende Steinkohlekraftwerke und Abbaugebiete gestoppt werden. Bekanntermaßen gilt: „Unsere beste Versicherung ist es, fossile Brennstoffe im Boden zu halten."[2]

7 EPILOG



Der Duisburger Kohlehafen

Dies ist die Geschichte zweier Steinkohlebrocken. Beide sind so lange auf der Welt, dass sie schon alt waren als die Dinosaurier auftauchten. Jetzt liegen sie im Kohlebunker eines deutschen Kraftwerks. Morgen werden sie in der Brennkammer verschwinden.

Der erste Kohlebrocken stammt aus Russland, aus einer Gegend, die heute Kuzbass heißt. Nach Millionen Jahren in der südsibirischen Erde wurde er aus dem Boden gesprengt. Während des kurzen Fluges, zeigte sich ihm eine Mondlandschaft: Tagebaue zigmal so groß wie der Wald, aus dem er einst entstand. Im Kohlezug fuhr er nach Nordwesten, vorbei an Dörfern, die es nicht mehr gibt. An Seen, aus denen niemand mehr trinkt. An Städten, deren Ärzte sich auf Lungenerkrankungen spezialisieren mussten. Und weiter durch Russland bis zum gigantischen Kohleterminal von Ust-Luga bei Sankt Petersburg. Von dort ging es per Seefrachter über die Ostsee nach Rotterdam und weiter rheinaufwärts auf einem Binnenschiff.



Stück Steinkohle aus dem Hamburger Kohlehafen

Der zweite Kohlebrocken stammt aus der kolumbianischen Provinz La Guajira. Auch er hat die erste lange Strecke per Zug zurückgelegt. Hat Flussläufe passiert, in denen längst kein Wasser mehr fließt. Menschen, die ihr Leben hier verbracht haben und ihr Wasser nun in Plastikflaschen beim Kohlekonzern abholen müssen, um nicht zu verdursten. Felder, deren Früchte der Kohlenstaub verkrüppeln ließ. Und dann nahm er den Weg, den seit Jahrhunderten sowohl die Rohstoffe als auch die Profite Lateinamerikas nehmen. In bester Kolonialtradition ging es nach Europa. Und wieder Rotterdam und wieder der Rhein.

Morgen werden die beiden Kohlebrocken brennen und die Menschen in Deutschland werden Strom haben. Um fernzusehen. Um ein Elektromobil aufzuladen. Um Waffen zu produzieren.

Steinkohle ist blutig. Der Bergbau ist Schuld daran, dass Menschen sterben – ob sie von Milizen ermordet werden oder vom Lungenkrebs dahingerafft.

Steinkohle ist imperial. Vom Bergbau profitieren die Zentren des globalen Nordens. Die Menschen in den Abbaugebieten werden in Not und Abhängigkeit getrieben.

Steinkohle ist klimaschädlich. Kein anderer Energieträger verursacht weltweit mehr CO_2-Emissionen. Die Steinkohle ist das Symbol für den fossilen Kapitalismus und damit für die Klimakrise.



Kohleberge im Hamburger Hafen

Aber Steinkohle ist auch bekämpfbar. Lasst uns gemeinsam gegen diese zerstörerische Industrie aktiv werden. Wir laden euch ein:

- zu einem der nächsten deCOALonize-Europe-Treffen zu kommen, als Gruppe oder Einzelperson
- euch mit euren lokalen Gruppen an unseren dezentralen Aktionen im Herbst zu beteiligen
- ungehorsam und widerständig den Steinkohlelieferketten entgegenzutreten, wo immer ihr betroffen seid
- die Aktionsformen auszuwählen, die zu euch passen
- Energieversorger, Banken und Politiker*innen unter Druck zu setzen.

Und vor allem: Lasst uns solidarisch mit den Menschen in den Abbaugebieten sein. Think global, block local.

Let’s deCOALonize!



Aktive Gruppen bei





ROBIN WOOD

ausgeCO2hlt

gesellschaft für bedrohte völker
Regionalgruppe München

8 AKTIV WERDEN!



Aktion zivilen Ungehorsams im Amsterdamer Kohlehafen (2017)

Du bist am Ende der Broschüre angelangt. Wenn dich der tapfere Widerstand gegen die krasse Ungerechtigkeit bewegt und du nicht mehr tatenlos zusehen, sondern wissen willst, wie du selbst aktiv werden kannst bist du hier genau richtig.

Du sehnst dich nach einer gerechten Welt, einem solidarischen Miteinander und einer Wirtschaftsweise, die nicht auf Kosten von Mensch und Natur geht? Du bist es leid, dich handlungsunfähig und ohnmächtig zu fühlen und willst endlich selbst aktiv werden? Dann schließ dich dem internationalen Widerstand gegen Steinkohle an!

Auf unserer Website findest du eine Auflistung bereits aktiver Gruppen bei deCOALonize Europe in Deutschland. Wenn du dich bei den Gruppen geographisch oder inhaltlich nicht wiederfindest, gibt es auch die Möglichkeit eine eigene Gruppe gründen. Die Gruppe ausgeco$_2$hlt unterstützt dich gerne dabei! Mehr unter **ausgeco2hlt.de/mitmachen/lets-organize**.



„ShutDownCoalNow"-Blockade im Hamburger Kohlehafen (2019)

9 ZUM WEITERLESEN



Die Links findet ihr auf unserer Website.

- **Wurzeln im Treibsand - AusgeCO_2hlt (2017)**
- **„The true cost of coal" - Beehive Design Collective**
- **Imperiale Lebensweise -** Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus. *Brand, Ulrich/ Wissen, Markus (2017) - Oekom Verlag*
- **The Cost of Coal - Ecodefense**
  Impact of Russian Coal Mining on the Environment, local Communities and indigenous Peoples
- **Und täglich kolonisiert der Westen.** Der Steinkohle abbau in Kolumbien und seine Folgen für Mensch und Umwelt. *Herrera Palomo, Maria Fernanda (2018). In: Lateinamerika: global –nachhaltig Allerweltshaus Köln e.V. (Hg.). ila. Aktivismus heute. Dossier März 2018. Köln.*
- **Neo-Extraktivismus als Entwicklungsmodell für Lateinamerika und seine Widersprüche.** *Lander, Edgardo (2014).*
- **The Dark Side of Coal** - PAX (2014)
- **Commodities Consensus:** Neoextractivism and Enclosure of the Commonsin Latin America.
  Svampa, Maristella (2015). In: South Atlantic Quarterly January 2015. S.65-82. Duke University Press.

Aktion zivilen Ungehorsams im Amsterdamer Kohlehafen (2017)



- **Klimawende von unten** - Bürgerbegehren Klimaschutz und Mehr Demokratie - *Umweltinstitut München e.V (2019): klimawende.org/*
- **Bitter Coal** - Ein Dossier über Deutschlands Steinkohleimporte - *Urgewald, FIAN (2013)*
- **Jahresbericht 2018 –** Fakten und Trends 2017/18 *Verein der deutschen Kohlenimporteure (2018)*
- **Umwelt und Gesundheit** - Gefahr aus Kohlekraftwerken - *Zacher, Winfried (2013)*

Bildnachweise

S. 2 Code Rood **S. 6** Code Rood **S. 8** Jochen Schüller **S. 10** Coal Action Network **S. 12** Yana Tannagasheva/Coal Action Network **S. 14** Patrick Hendry **S. 16** John Middelkoop **S. 18** Tobias Jussen **S. 20** Harbour Games **S. 21** Dominik Vanyi **S. 22** Kai Pilger **S. 23, 24** Coal Action Network **S. 28** Vjacheslav Krechetov **S. 29** Yana Tannagasheva und Larisa **S. 30** Nelly Tokmagasheva **S. 31** Vjacheslav Krechetov **S. 32** Coal Action Network **S. 35** Sally Low **S. 36** Coal Action Network **S. 38-45** Beehive Collective **S. 46, 49** Jochen Schüller **S. 55** Wikimedia Commons **S. 56** Privat **S. 58** Privat **S. 59** Jochen Schüller **S. 60** Public Domain **S. 72** Hanna Poddig **S. 82** Pay Numerich **S. 86** Mushon Tamir **S. 96, 110** Jochen Schüller **S. 100, 102, 106, 108, 112, 114, 116, 120** Harbour Games **S. 118** Diana Parkhouse **S. 124** Sam Jotham Sutharson **S. 126** Petter Rudwall **S. 128** Sam Jotham Sutharson **S. 130** Yiran Ding **S. 132** Nik Shuliahin **S. 130** Aditya Joshi **S. 134** Hanna Poddig **S. 136** Aditya Joshi **S. 140** Pay Numerich **S. 144** Justin Main **S. 147** Kristen Morith **S. 148** Patrick Tomasso **S. 150** Yucel Moran **S. 153** Hanna Poddig **154** Harbour Games **S. 156, 160** Code Rood **S. 158** Bodo Marks **S. 162** Dominik Dancs

Impressum

“Still Burning” ist ein Kooperationsprojekt von vielen Gruppen und Einzelpersonen.

Inhaltliche Leitung, VerfasserInnen, Redaktion, Lektorat
deCOALonize - Europe Bündnis

Gestaltung
Ramin Aryaie
aryaie.org

V.i.s.d.P
Ronja Heise
Bremer Straße 3
21073 Hamburg

Mit Unterstützung von



ausgeCO$_2$hlt

ROBIN WOOD

Gegenstrom Hamburg





Druck
Häuser KG / Auf 100% Recyclingpapier gedruckt.

1. Auflage - August 2019











In der Sierra konnten wir uns mit unserer Landwirtschaft immer ernähren, doch damit ist es vorbei. Der Steinkohletagebau hat alles ruiniert."

Narlis Guzmán Angulo, Aktivistin und Indigene
aus der Sierra Cesar, Kolumbien

Diese Broschüre soll informieren und bewegen. Sie zeigt die katastrophalen Folgen der Steinkohleindustrie für Mensch, Umwelt und Klima. Sie zeigt, wie für den Steinkohle Hunger westlicher Industrieländer Menschen und Natur in den Abbaugebieten ausgebeutet werden.

Aber sie berichtet auch von dem unermüdlichen Widerstand gegen die Steinkohle – sowohl vor Ort in den Abbauländern als auch hier in den Ländern, die weiterhin von der kolonialen Vergangenheit und Gegenwart der Steinkohle profitieren.

decoalonize-europe.net | #decoalonize_europe | @decoalonize_eu